



1. Sitzung

Kiel, Freitag, 2. Oktober 1987

Eröffnung des Landtages durch den Alterspräsidenten	2	Björn Engholm (SPD)	9
		Klaus Kribben (CDU)	10
Nachruf auf die ehemaligen Abgeordneten Carl Axel Jensen und Joachim Steffen	2	Beschluß: Abgeordneter Uwe Jensen (SPD) gewählt	10
Wahl der Landtagspräsidentin		Wahl der ersten Schriftführerin und ihres Stellvertreters	
Wahlvorschlag der Fraktion der SPD		Wahlvorschlag der Fraktion der SPD	
Drucksache 11/1		Drucksache 11/5	
Beschluß: Abgeordnete Lianne Paulina-Mürl (SPD) gewählt	3	Beschluß: Annahme	11
Vereidigung der Landtagspräsidentin	4	Wahl des zweiten Schriftführers und dessen Stellvertreters	
Ansprache der Landtagspräsidentin	4	Wahlvorschlag der Fraktion der CDU	
Verpflichtung der Abgeordneten	5	Drucksache 11/6	
		Beschluß: Annahme	11
Feststellung über die Fortgeltung der Landtagsgeschäftsordnung		Festlegung der Fraktionsmindeststärke gemäß § 21 Abs. 1 der Landtagsgeschäftsordnung	
Antrag der Fraktion der SPD und des Abgeordneten Karl Otto Meyer (SSW)		Antrag der Fraktionen der SPD, der CDU und der F.D.P.	
Drucksache 11/10		Drucksache 11/7	
Antrag der Fraktion der CDU und der F.D.P.		Beschluß: Annahme	11
Drucksache 11/11		Einsetzung eines Untersuchungsausschusses	
Hans Wiesen (SPD)	6	Antrag der Fraktion der SPD	
Peter Aniol (CDU)	6	Drucksache 11/8 (neu)	
Gert Börnsen (SPD)	7	Antrag der Fraktionen der SPD, der CDU, der F.D.P. und des Abgeordneten Karl Otto Meyer (SSW)	
Jens Ruge (F.D.P.)	7	Drucksache 11/9 (neu)	
Karl Otto Meyer (SSW)	8	Antrag der Fraktion der CDU	
Beschluß: Annahme des Antrages Drucksache 11/10 und Feststellung der Fortgeltung der Geschäftsordnung	8	Drucksache 11/13	
Wahl des ersten Landtagsvizepräsidenten		Björn Engholm (SPD)	11
Wahlvorschlag der Fraktion der CDU		Klaus Kribben (CDU)	14
Drucksache 11/2		Dr. Wolf-Dieter Zumpfort (F.D.P.)	15
Beschluß: Abgeordneter Dr. Eberhard Dall'Asta (CDU) gewählt	8	Dr. Trutz Graf Kerksenbrock (CDU)	17
Wahl des zweiten Landtagsvizepräsidenten		Karl Otto Meyer (SSW)	18
Wahlvorschläge der Fraktion der SPD		Gert Börnsen (SPD)	19
Drucksache 11/3, 11/14 und 11/15		Beschluß: Einsetzung des Untersuchungsausschusses festgestellt	20

Regierungsbank:

Dr. Henning Schwarz, Stellvertreter des Ministerpräsidenten und Minister für Bundesangelegenheiten
– geschäftsführend –

Karl Eduard Claussen, Innenminister
– geschäftsführend –

Ursula Gräfin von Brockdorff, Sozialministerin
– geschäftsführend –

Roger Asmussen, Finanzminister und mit der Wahrnehmung der Geschäfte des Ministers für Wirtschaft und Verkehr beauftragt
– geschäftsführend –

Günter Flessner, Minister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten
– geschäftsführend –

Heiko Hoffmann, Justizminister
– geschäftsführend –

Dr. Peter Bendixen, Kultusminister
– geschäftsführend –

Beginn: 10.05 Uhr

Alterspräsident Fritz Latendorf:

Meine sehr verehrten Damen! Meine Herren! In der konstituierenden Sitzung des Landtages führt der Alterspräsident den Vorsitz, bis der neue Landtagspräsident gewählt ist. Ich bin am 8. Februar 1924 geboren und frage Sie, ob unter den anderen Mitgliedern des Hohen Hauses jemand vor diesem Zeitpunkt geboren wurde.

(Peter Aniol [CDU]: Etwa!)

Nachdem jeder eigene Nachforschungen angestellt hat, stelle ich fest, daß sich zu dieser Frage keine Wortmeldungen ergeben. Ich darf mich also jetzt als autorisierter Alterspräsident fühlen.

Ein Anspruch auf dieses Amt wird nicht erhoben. Ich fühle mich als Alterspräsident aber jung genug und gehe davon aus, daß es sich bei diesem gewählten 11. Landtag um ein stark verjüngtes, ja sogar vielleicht jugendliches Parlament handelt. In diesem Sinne begrüße ich Sie alle sehr herzlich und rufe auf Punkt 1 der Tagesordnung:

Eröffnung der Sitzung durch den Alterspräsidenten.

Ich eröffne hiermit die 1. Sitzung der 11. Wahlperiode des Schleswig-Holsteinischen Landtages und stelle die ordnungsgemäße Einberufung nach Artikel 10 Abs. 2 der Landessatzung fest.

Gemäß § 1 Abs. 3 der Geschäftsordnung ernenne ich zu vorläufigen Schriftführern die Abgeordneten Rudolf Johna und Carsten Paulsen. Herr Johna von der SPD und Herr Paulsen von der CDU werden gebeten, neben mir Platz zu nehmen. Ich stelle fest, daß damit das vorläufige Präsidium gebildet ist.

Meine Damen und Herren!

(Die Anwesenden erheben sich)

Zwei frühere Mitglieder des Schleswig-Holsteinischen Landtags sind verstorben. Der frühere Kollege Carl Axel Jensen verstarb am 5. Februar im Alter von 81 Jahren. Er kam aus Plön und gehörte dem Landtag von 1967 bis 1971 an. Am 27. September, also vor kurzem, ist im Alter von 65 Jahren Joachim Steffen von uns gegangen. Er gehörte dem Landtag von 1958 bis 1977 an. Vom 8. Oktober 1966 bis zum 3. Mai 1973 war er Fraktionsvorsitzender der SPD und Oppositionsführer hier im Landtag. Beide Kollegen haben sich sehr um das Wohl des Landes verdient gemacht. Der Schleswig-Holsteinische Landtag gedenkt der Verstorbenen in Dankbarkeit.

Sie haben sich von Ihren Plätzen erhoben; ich danke Ihnen.

Meine Damen und Herren, der Landeswahlleiter hat die Wahl von 74 Abgeordneten festgestellt. Nach dem Wahlergebnis verteilen sich die Mandate wie folgt: SPD 36 Sitze, CDU 33 Sitze, F.D.P. 4 Sitze, SSW 1 Satz.

(Heiterkeit)

– Herr Abgeordneter Meyer, ich bitte um Entschuldigung. SSW 1 Sitz!

Die Wahlprüfung durch den Landtag ist noch nicht vorgenommen. Die vom Landeswahlleiter festgestellten Abgeordneten sind geladen. Das Hohe Haus ist somit beschlußfähig.

Meine sehr verehrten Damen! Meine Herren! Hinter uns liegt ein harter **Wahlkampf**. Die **politischen Auseinandersetzungen** während des Wahlkampfes und danach sind in der schleswig-holsteinischen Bevölkerung und weit darüber hinaus nicht ohne Wirkung geblieben. Als Abgeordnete, die von der schleswig-holsteinischen Bevölkerung gewählt worden sind, müssen wir in dieser 11. Legislaturperiode des Schleswig-Holsteinischen Landtages alles tun, um die von der überwiegenden Mehrheit unseres Volkes gewollte **parlamentarische Demokratie** zu stabilisieren. Wir sollten uns darauf besinnen, daß wir alles in unserer Kraft Stehende zu tun haben, um das Vertrauen unserer Mitbürgerinnen und Mitbürger in diesem Lande zu erhalten und weiterhin zu festigen.

Der Landtag der 11. Legislaturperiode ist in seiner Zusammensetzung stark verändert. Ich begrüße die neuen Kolleginnen und Kollegen, die sich darüber klar sind, daß die vor Ihnen liegende politische Arbeit zeitliche Beanspruchung erfordert, Enttäuschungen bringen kann, aber auch Erfolge haben wird. Ich hoffe, daß trotz der dunklen Wolken, die gegenwärtig in Teilen über unserem Lande liegen, ein menschlich angenehmes Klima bei allen politischen Gegensätzen Grundlage unserer Tätigkeit bleibt. In diesem Sinne sollten wir zur **sachbezogenen Arbeit** zusammenfinden. Dies entspräche nicht nur dem Willen der Bevölkerung unseres Landes, sondern stellte auch den wohlverstandenen Auftrag unseres Parlaments dar.

Die Kolleginnen und Kollegen, die in dieser 11. Legislaturperiode durch die Entscheidung des Wählers

(Alterspräsident Fritz Latendorf)

nicht mehr bei uns sind oder aus eigenem Willen auf eine Wiederwahl verzichtet haben, grüße ich in dieser Stunde besonders herzlich. Ich benutze diese Gelegenheit aber auch gern, um dem scheidenden Landtagspräsidenten, Herrn Abgeordneten Rudolf Titzck, den Dank des Hohen Hauses zum Ausdruck zu bringen.

(Beifall)

Als ein Präsident, der sich für alle Fraktionen des Landtages gleichermaßen verantwortlich fühlte, hat der Abgeordnete Rudolf Titzck als Landtagspräsident das Vertrauen des ganzen Hohen Hauses gehabt. Er hat während seiner Amtszeit mit Erfolg und mit starkem persönlichen Engagement neue Wege erschlossen, mit denen die parlamentarische Tradition in unserem Lande weiten Bevölkerungskreisen deutlich werden konnte. Er hat darüber hinaus durch die Vertiefung der Kontakte zum europäischen Norden neue Akzente gesetzt und mit vielen Veranstaltungen im Lande für mehr Bürgernähe sorgen können. Dafür sind wir Ihnen, Herr Kollege Titzck, sehr dankbar.

(Beifall)

So wollen wir nun mit Ernst und der Bereitschaft, Verantwortung zu übernehmen, in diese 11. Legislaturperiode gehen.

Wir kommen zum Punkt 2 der Tagesordnung:

Wahl und Vereidigung des Landtagspräsidenten

Ich möchte dazu bekanntgeben, daß der Landtagspräsident in geheimer Wahl für die Dauer der Wahlperiode zu wählen ist. Als gewählt gilt, wer mehr als die Hälfte der abgegebenen Stimmen erhält.

Wir treten in die Wahlhandlung ein. Mir liegt hierzu die Drucksache 11/1, der Antrag der SPD-Fraktion, vor. Es wird vorgeschlagen, Frau Lianne Paulina-Mürl zur Landtagspräsidentin zu wählen. Ich frage, ob weitere Vorschläge gemacht werden. – Das ist nicht der Fall.

Damit können wir zur Tat schreiten. Es ist in geheimer Wahl abzustimmen. Ich habe hierfür zwei Wahlkabinen – zwar bescheiden, aber sie erfüllen durchaus ihren Zweck – vorbereiten lassen, und ich bitte Sie, die Stimmzettel, die Ihnen jetzt ausgehändigt werden, entweder bei Ja oder bei Nein oder bei Enthaltung anzukreuzen. Anschließend bitte ich Sie, die Stimmzettel gefaltet in die Wahlurne zu werfen.

So weit meine Bemerkungen zum Ablauf der Wahl des Landtagspräsidenten. Ich darf jetzt den Wahlakt eröffnen und bitte die Schriftführer, ihres Amtes zu walten und die Namen aufzurufen.

(Namensaufruf und Stimmzettelausgabe)

Der Wahlakt ist beendet. – Ich unterbreche die Sitzung für zehn bis fünfzehn Minuten, um die Auszählung vorzunehmen.

Unterbrechung: 11.34 Uhr

Wiederbeginn: 11.47 Uhr**Alterspräsident Fritz Latendorf:**

Meine Damen und Herren, vor der Bekanntgabe des Ergebnisses möchte ich mir eine Vorbemerkung erlauben.

Wir kommen jetzt zu einem Höhepunkt in unserer parlamentarischen Arbeit. Ich möchte daher alle Damen und Herren von der journalistischen Seite hier im Plenarsaal bitten, die Räumlichkeit für diesen Zweck so freizugeben, daß wir das Geschehen so praktizieren können, wie es die Geschäftsordnung und alter Brauch vorschreiben.

Ich habe zum einen Verständnis dafür, daß das Verhältnis von Journalisten zu Abgeordneten fast 1 : 1 beträgt, und wir bedanken uns auch für diese Aufmerksamkeit; zum zweiten möchte ich aber auch sagen, daß ich als Alterspräsident gern das Plenum sehen möchte, und das Plenum hat auch einen Anspruch darauf, seinerseits den Präsidenten sehen zu können.

(Heiterkeit und Beifall im ganzen Hause)

Ich bin schließlich lange genug in diesem Hause, um ganz bescheiden das Dienstalter dem Lebensalter anfügen zu können.

(Heiterkeit)

Ich freue mich, daß Sie jetzt dieser Bitte entsprochen haben. Obwohl ich ganz friedlich ausgesehen habe, war meine Bitte doch ernst gemeint, meine Damen und Herren!

Ich möchte das Ergebnis der Wahl des Landtagspräsidenten bekanntgeben. – Daß die Sitzung wiedereröffnet ist, haben Sie inzwischen ja wohl erkannt.

(Heiterkeit)

Der Wahlvorschlag, die Frau Abgeordnete Lianne Paulina-Mürl zur Landtagspräsidentin zu wählen, erhielt bei 74 abgegebenen gültigen Stimmen 69 Ja-Stimmen.

(Anhaltender Beifall im ganzen Hause)

– Verehrte Frau Paulina-Mürl, Sie können sich gern wieder hinsetzen; ich muß erst noch das gesamte Ergebnis bekanntgeben.

(Heiterkeit)

Der Beifall brach so ostentativ los, daß ich ihn nicht stören wollte.

Ich wiederhole also – endgültig und vollständig –:

79 Ja-Stimmen – –

(Heiterkeit)

– Pardon, das kommt dabei heraus –; ich korrigiere mich:

69 Ja-Stimmen,
3 Nein-Stimmen,
2 Stimmenthaltungen.

(Alterspräsident Fritz Latendorf)

Damit ist die Frau Abgeordnete Lianne Paulina-Mürl zur Präsidentin des Schleswig-Holsteinischen Landtages gewählt worden. Ich frage Sie, Frau Abgeordnete Paulina-Mürl, ob Sie die Wahl annehmen.

(Lianne Paulina-Mürl [SPD]: Ja, ich nehme die Wahl an! - Beifall im ganzen Hause)

Meine Damen und Herren, ich denke, es ist für alle hier im Saal eine historische Stunde und für mich ein besonders erhebendes Gefühl, zum erstenmal in der Geschichte unseres Landes einer Frau dieses Amt übergeben zu dürfen. Ihr engagiertes Streben für die Belange der Frauen in unserer Gesellschaft findet hierdurch eine besondere Bestätigung. Ich möchte daran nur die Bitte knüpfen dürfen, nicht das Gefühl haben zu müssen, daß wir Männer jetzt völlig überflüssig seien.

(Heiterkeit)

Ich darf Ihnen also noch einmal die Glückwünsche des Hohen Hauses insgesamt aussprechen und Sie jetzt bitten, zur Vereidigung nach vorn zu treten.

Ich spreche Ihnen die Eidesformel vor und bitte Sie, sie mir nachzusprechen.

(Die Anwesenden erheben sich - Landtagspräsidentin Lianne Paulina-Mürl wird nach folgender Eidesformel vereidigt: Ich schwöre, meine Pflichten als Abgeordnete gewissenhaft zu erfüllen, Verfassung und Gesetze zu wahren und dem Lande unbestechlich und ohne Eigennutz zu dienen, so wahr mir Gott helfe.)

Verehrte Frau Präsidentin, im Namen des gesamten Hohen Hauses spreche ich Ihnen herzliche Glückwünsche aus und wünsche Ihnen eine gute Hand bei der Wahrnehmung Ihrer Aufgaben zum Wohle des Landes Schleswig-Holstein. Herzlichen Dank und herzlichen Glückwunsch! Ich bitte Sie, jetzt den Vorsitz zu übernehmen.

(Beifall)

Präsidentin Lianne Paulina-Mürl:

Sehr geehrte Herren und Damen! Sie haben mir Ihr Vertrauen ausgesprochen. Ich danke Ihnen dafür, und ich freue mich persönlich sehr über diese breite Zustimmung; es hat mich einfach umgeworfen. Allerherzlichsten Dank!

(Beifall)

Lassen Sie mich zuerst dem Alterspräsidenten, unserem Kollegen Latendorf, für die Eröffnung der 11. Legislaturperiode des Schleswig-Holsteinischen Landtages im Namen des ganzen Hauses herzlich danken.

(Beifall)

Er hat uns auf seine unnachahmliche Art und Weise Wünsche mit auf den Weg gegeben, die sicherlich nicht nur seine Besorgnis, sondern unser aller Gedanken um die politische Zukunft des Landes Schleswig-Holstein beinhalten.

Es scheint - und das ist eben auch sehr deutlich geworden -, daß die Wahl einer Frau in dieses Amt besondere Erwartungen, offensichtlich aber auch besondere Ängste hervorruft. Deshalb sage ich deutlich, daß ich **Repräsentantin aller Abgeordneten** sein werde, obwohl ich, lieber Kollege Latendorf, mit Blick auf die Bevölkerungsstatistik - nämlich die Verteilung der Männer und Frauen im Lande - sage: Ich habe ein weites Herz für Minderheiten.

(Heiterkeit)

Ich hoffe und wünsche, daß die Tatsache, daß zum erstenmal in der schleswig-holsteinischen Geschichte einer Frau das Amt des Landtagspräsidenten übertragen wird und daß mehr weibliche Abgeordnete als bisher im Plenum sind, dabei helfen wird, Vorurteile abzubauen, die einer unbefangenen Beurteilung der **Rolle der Frau in unserer Gesellschaft** noch immer entgegenstehen. Insofern möchte ich durch mein Bemühen, dem Amt nach besten Kräften gerecht zu werden, zugleich auch der Sache der Frauen einen Dienst leisten.

Nun darf ich mich meinem Vorgänger im Amt zuwenden. Unser Land mit sicherem Stil und Würde vertreten sowie Verfassung und Recht gewahrt und die Vielfalt der Meinungen geachtet zu haben - dieses Verdienst kommt meinem Vorgänger im Amt zu. Ich darf Ihnen, Herr Kollege Titzck, den aufrichtigen Dank aller Mitglieder des Hohen Hauses für Ihre geradlinige Amtsführung in der vergangenen Legislaturperiode aussprechen.

(Beifall im ganzen Hause)

Mein Dank gilt an dieser Stelle auch den ausgeschiedenen Mitgliedern des vorigen Landtages.

Darüber hinaus, verehrte Kollegen und Kolleginnen, gestatten Sie mir ein ganz persönliches Wort an Kurt Hamer, den ehemaligen ersten Vizepräsidenten des Schleswig-Holsteinischen Landtages. Sein Wirken wird für mich Vorbild im Denken und Handeln sein. Ich werde mich bemühen, wenigstens einen Teil der Anerkennung und Wertschätzung zu erreichen, die ihm stets von allen Fraktionen des Hohen Hauses zuteil wurde.

Sehr geehrte Herren und Damen, die Bürger und Bürgerinnen nicht nur in Schleswig-Holstein wissen und fühlen, daß wir augenblicklich und in den kommenden Wochen Probleme und Fragen diskutieren, vor die ein Bundesland in seiner Geschichte nur selten gestellt wird. Der neue Landtag konstituiert sich, und schon in dieser ersten Sitzung wird die Einsetzung eines Untersuchungsausschusses beantragt. Der Ministerpräsident ist zurückgetreten.

Diese Situation rückt das Parlament als zentralen Bestandteil unserer Demokratie noch mehr in den Blickpunkt der Öffentlichkeit. Viele Augen richten sich auf uns, Hoffnungen und Erwartungen der Menschen in Schleswig-Holstein verknüpfen sich mit der Konstituierung des 11. Landtages. Dies bedeutet eine besondere Verpflichtung für uns. Unser Verhalten, unser Umgang mit der uns anvertrauten **politischen Macht** prägt den Charakter der Demokratie. Wir

(Präsidentin Lianne Paulina-Mürl)

sind verantwortlich für die Qualität der parlamentarischen und **politischen Kultur**.

Demokratie ist mehr als die bloße Beachtung der demokratischen Regeln. Sie ist der Geist, in dem wir handeln, in dem wir unseren Aufgaben gerecht werden, in dem wir – trotz aller politischen Konflikte – in dem anderen den Menschen sehen, seine Individualität respektieren. Es reicht eben nicht, die Stunde des Parlaments zu beschwören, sondern wir werden dies nur erreichen, wenn jeder Abgeordnete und jede Abgeordnete meinen Appell als persönliche Herausforderung begreift und nicht die Erwartung nur an die anderen richtet.

Politiker und Politikerinnen sind sicherlich keine besseren Menschen, aber sie sind verpflichtet, ihrem Amt gemäß ein Beispiel zu geben, wie man der **politischen Verantwortung**, die mit dem **Mandat** verbunden ist, so gut wie möglich gerecht werden kann. Niemand kann Ihnen, meine Kollegen und Kolleginnen, diese Verantwortung abnehmen. Sie werden sich in Ihrer Arbeit ihr stets zu stellen haben. Sie sind in herausgehobener Weise dafür zuständig, daß unsere Demokratie vertrauenswürdig bleibt. Alle Beschlüsse des Landtages, scheinen sie auch noch so unwichtig, beeinflussen Dinge, die für das Leben unserer Gemeinschaft und für unsere Zukunft von Bedeutung sind.

Erlauben Sie mir, meine Herren und Damen, in diesem Zusammenhang eine zweite Bemerkung. Unsere Demokratie lebt davon, daß die **Bürgerinnen und Bürger** sie zu ihrer Sache machen, sich als **politische Menschen** bekennen. Demokratie braucht Menschen, die etwas verändern, etwas bewegen wollen. In einer pluralistischen Gesellschaft führt dies zu unterschiedlichen Interessen und Ansichten, zu Parteien- und Meinungsstreit. Wir wissen, daß in Schleswig-Holstein sehr sorgsam registriert wird, in welcher Weise und mit welchen Mitteln diese Auseinandersetzung auf der politischen Ebene stattfindet. Wir wissen auch, daß das Parlament nicht der einzige Ort ist, an dem sich diese Konfrontation ereignet, aber er ist der politisch bedeutsamste.

In dem Wissen, daß sich Sach- und Stilfragen in der Politik nicht trennen lassen, frage ich mich, ob wir dieser politischen Verantwortung immer gerecht werden. Müssen wir nicht aus dem Rückzug vieler Menschen ins Private schließen, daß hier eine neue **Qualität der Auseinandersetzung** notwendig ist? Ich bitte Sie um Ihre Unterstützung, in der vor uns liegenden Legislaturperiode ein Beispiel zu geben, wie politischer Streit hart, aber wahrhaftig geführt werden kann. Nur so ist die Zustimmung der Bürgerinnen und Bürger zur Demokratie zu gewinnen, nur so schaffen wir eine lebendige politische Kultur in Schleswig-Holstein. Dieser Aufgabe fühle ich mich besonders verpflichtet.

In der Politik besteht die Notwendigkeit, in der Diskussion um einen politischen Sachverhalt gelegentlich Abstand zu suchen. Dies gelingt, wie ich selbstkritisch sagen darf, nicht immer. Auch oder gerade unser Beruf ist nicht frei von Betriebsblindheit. Ich hoffe und wünsche, daß die neuen Mitglie-

der dieses Hauses, die ich herzlich begrüßen darf, hier korrigierend eingreifen werden. Sie mögen versichert sein, daß die Kollegen und Kolleginnen – und natürlich auch die Präsidentin – Ihnen mit ihrem Wissen und ihrer Erfahrung zur Seite stehen werden.

Wir nehmen unsere parlamentarische Arbeit auf. Scheuen wir nicht den Konflikt, der entsteht, wenn Positionen und Überzeugungen klar vertreten werden. Der richtige Weg erweist sich im demokratischen Diskurs. In diesem Sinne lassen Sie uns an die Arbeit gehen.

Ich danke Ihnen.

(Beifall)

Ich rufe auf Punkt 3 der Tagesordnung:

Verpflichtung der Abgeordneten

Ich bitte Sie, sich zu erheben. Ich spreche Ihnen die Eidesformel vor und bitte Sie, sie mir nachzusprechen.

(Die Anwesenden erheben sich – Die Abgeordneten werden nach folgender Eidesformel vereidigt: Ich schwöre, meine Pflichten als Abgeordneter/Abgeordnete gewissenhaft zu erfüllen, Verfassung und Gesetze zu wahren und dem Lande unbestechlich und ohne Eigennutz zu dienen, so wahr mir Gott helfe.)

– Ich danke Ihnen und bitte Sie, jetzt einzeln nach vorn zu kommen, damit ich die Verpflichtung durch Handschlag bekräftigen kann.

(Die Abgeordneten werden von Präsidentin Lianne Paulina-Mürl durch Handschlag verpflichtet)

Meine Damen und Herren! Ministerpräsident Dr. Barschel hat dem Präsidenten des Schleswig-Holsteinischen Landtages mit Schreiben vom 1.10.1987 folgendes mitgeteilt:

„Sehr geehrter Herr Landtagspräsident, mit Ablauf der 10. Wahlperiode des Schleswig-Holsteinischen Landtages am 2. Oktober 1987 trete ich von meinem Amt als Ministerpräsident des Landes Schleswig-Holstein zurück.

Gleichzeitig darf ich Sie davon in Kenntnis setzen, daß mir gegenüber die Minister

Karl Eduard Claussen, Innenminister,
Heiko Hoffmann, Justizminister,
Roger Asmussen, Finanzminister und Minister für Wirtschaft und Verkehr,
Günter Flessner, Minister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten,
Ursula Gräfin von Brockdorff, Sozialminister,
Dr. Peter Bendixen, Kultusminister,
Dr. Henning Schwarz, Minister für Bundesangelegenheiten,

nach Artikel 21 Absatz 3 Satz 2 der Landessatzung zum gleichen Zeitpunkt ihren Rücktritt erklärt haben.

Ich kann das Amt des Ministerpräsidenten nicht geschäftsführend wahrnehmen und habe des-

(Präsidentin Lianne Paulina-Mürl)

halb meinen Vertreter nach Artikel 21 Absatz 2 Satz 2 der Landessatzung, Herrn Minister Dr. Schwarz, gebeten, diese Aufgabe zu übernehmen.

Die übrigen Mitglieder der bisherigen Landesregierung führen ihre Geschäfte nach Artikel 21 Absatz 4 der Landessatzung weiter.

Mit freundlichen Grüßen

Uwe Barschel"

Meine Damen und Herren, bevor ich in den nächsten Tagesordnungspunkt einsteige, möchte ich mich mit Ihnen über eine Änderung der Tagesordnung verständigen. Im Hinblick auf die zu Tagesordnungspunkt 5, Feststellung über die Fortgeltung der Landtagsgeschäftsordnung, vorliegenden Anträge sollten wir diesen Tagesordnungspunkt vor Tagesordnungspunkt 4, Wahl der Vizepräsidenten und der weiteren Mitglieder des Präsidiums, behandeln. – Ich höre keinen Widerspruch. Wir werden so verfahren. Ich rufe auf Punkt 5 der Tagesordnung:

Feststellung über die Fortgeltung der Landtagsgeschäftsordnung

Antrag der Fraktion der SPD und des Abgeordneten Karl Otto Meyer (SSW)

Drucksache 11/10

Antrag der Fraktionen der CDU und der F.D.P.

Drucksache 11/11

Wird hierzu das Wort gewünscht? – Bitte, Herr Abgeordneter Wiesen!

Hans Wiesen [SPD]:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Landwirtschaft und Umweltschutz sind zwei der wichtigsten Landesaufgaben in Schleswig-Holstein. Ein Landtagsausschuß allein kann diese beiden großen und bedeutenden Aufgabenfelder nicht bewältigen. Wir haben trotz eines Mammutprogramms in der vergangenen Legislaturperiode weniger Außentermine in dieser Zeit wahrnehmen können, als dies der Sache angemessen gewesen wäre. Mehr Zeit für die beiden Aufgabenfelder hätten der Sache und dem Lande mehr dienen können.

Wie die SPD zu Beginn und zur Mitte der vergangenen Legislaturperiode, so beantragen heute SPD und SSW, je einen gesonderten Ausschuß für die beiden wichtigen Landesaufgaben Agrarpolitik und Umweltpolitik einzusetzen.

Der **Agrarausschuß**, in Langfassung „Ausschuß für Ernährung, Landwirtschaft, Forsten und Fischerei“, hätte ein breites Aufgabengebiet, in dem einschließlich der Verarbeitung und Vermarktung 20 % unserer Arbeitsplätze angesiedelt sind. Der Küstenschutz kommt dann noch hinzu. Die schwierige Lage der Landwirtschaft, die schwierige Situation unserer Fischerei und der fischverarbeitenden Betriebe, die Sorgen und die Chancen in der Waldpolitik, die Sorgen um die sicheren Küsten, all dies, meine sehr verehrten Damen und Herren, sind Aufgabenfelder,

die wir ernstzunehmen haben. Sie bilden gleichzeitig die Grundpfeiler für die Entwicklungschancen des ländlichen Raums.

Der zweite Ausschuß, der **Umweltausschuß** beziehungsweise der „Ausschuß für Umweltschutz“, findet mit den Aufgabenbereichen Trinkwasserschutz, Gewässerschutz, Nord- und Ostsee, Bodenschutz, Luftreinhaltung, Artenschutz, Naturschutz und Landschaftspflege, Abfallwirtschaft und so weiter ein möglicherweise noch breiteres Aufgabenfeld vor, als dies bei dem Agrarausschuß der Fall ist. Diese Aufgaben sind von grundlegender Bedeutung für die Weiterentwicklung unseres Landes.

Vor viereinhalb Jahren, also zu Beginn der letzten Legislaturperiode, und dann noch einmal in der Mitte der Legislaturperiode ist unser Antrag, den gemeinsamen Ausschuß zu trennen und gesonderte Ausschüsse für Agrarpolitik und für Umweltpolitik einzurichten, an der CDU gescheitert. Wir setzen aber darauf, daß Wahlergebnisse, vor allen Dingen besondere Wahlergebnisse, denken helfen. Deshalb hoffen wir nicht nur bei diesem Antrag – aber auch bei diesem Antrag – auf Erfolg – ein ganz neues Gefühl, wie Sie mir es zu sagen nicht verübeln werden, für Sozialdemokraten in diesem Hohen Hause. An der stärksten Fraktion – das haben wir gelernt – führt kein Weg vorbei.

(Manfred Sickmann [SPD]: So ist das! – Beifall bei der SPD)

Präsidentin Lianne Paulina-Mürl:

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich lasse zunächst über die Drucksache 11/10 abstimmen. Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen! – Enthaltungen? – Einstimmig; der Antrag ist angenommen.

(Beifall bei der SPD)

Ich lasse nun über den Antrag, Drucksache 11/11, abstimmen.

(Peter Aniol [CDU]: Eine kurze Begründung, wenn es erlaubt ist!)

– Ja, bitte, es ist erlaubt, Herr Abgeordneter!

Peter Aniol [CDU]:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Mit der vorliegenden Drucksache 11/11 beantragen wir, das heißt die Fraktionen der CDU und der F.D.P., das Amt eines **dritten Vizepräsidenten** einzurichten. Ich möchte das kurz begründen.

Neben den anderen wichtigen Aufgaben und Funktionen des Präsidiums möchte ich eine Aufgabe besonders herausstellen. Das Präsidium repräsentiert das Parlament nach außen. Der Präsident und seine Vertreter haben diese Aufgabe in objektiver Weise im Sinne einer Gesamtvertretung des Parlaments in der Öffentlichkeit und vor der Bevölkerung wahrzunehmen. Von daher ist es durchaus geboten, daß bei der

(Peter Aniol)

Besetzung des Präsidiums möglichst alle Frauen vertreten sind – Fraktionen vertreten sind.

(Heiterkeit)

– Ich komme darauf; das war ein angenehmer Versprecher. –

Das damit bekundete Repräsentationsverständnis deckt sich im übrigen mit der Auffassung vieler anderer Landesparlamente in der Bundesrepublik Deutschland und auch mit der Regelung im Deutschen Bundestag. Von daher bitte ich um Ihre Zustimmung. Vielleicht wird Ihre Zustimmung durch den Hinweis erleichtert, daß für diese Funktion eine weitere Dame vorgesehen ist.

(Beifall bei der CDU und bei der F.D.P.)

Präsidentin Lianne Paulina-Mürl:

Herr Abgeordneter Börnsen!

Gert Börnsen [SPD]:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Die SPD wird den Antrag Drucksache 11/11 ablehnen. Wir halten das Amt eines **dritten Vizepräsidenten** im Schleswig-Holsteinischen Landtag für überflüssig. Die **F.D.P.**, der dieser Vizepräsident zukommen soll, ist im Ältestenrat vertreten, und wir müssen auch an den Grundsatz der Verhältnismäßigkeit denken, an die Größe dieses Parlaments und an die Größe seines Präsidiums und seines Ältestenrates.

Auch die CDU verfügt nur über einen Vizepräsidenten, obwohl sie 33 Abgeordnete hat. Es ist nicht recht einzusehen, warum eine Fraktion mit vier Abgeordneten ebenfalls einen Vizepräsidenten stellen soll.

(Zuruf von der SPD: So ist das!)

Meine Damen und Herren, es gibt auch andere Landesparlamente, in denen derartige Anträge gestellt worden sind, und zwar nicht zugunsten der **F.D.P.**, sondern zugunsten anderer kleiner Parteien. Soweit ich mich erinnern kann, sind diese Anträge von CDU und **F.D.P.** immer abgelehnt worden. Es ist nicht einzusehen, daß in diesem Landtag ein solcher Antrag von CDU und **F.D.P.** eingebracht wird, der gerade im Bundestag zugunsten einer anderen Partei keine Mehrheit gefunden hat.

(Beifall bei der SPD)

Ich will ein weiteres – auch parteipolitisches – Wort sagen. In einem Organ konnte man in den letzten Tagen in bezug auf die aktuellen Ereignisse in Schleswig-Holstein lesen, daß der Herr Zumpfort, der Vorsitzende der **F.D.P.**, gesagt habe, die Sozialdemokraten würden, um eine Regierungsbildung zu ermöglichen, die Ministersessel der **F.D.P.** vergolden. Ich möchte Ihnen gern sagen, Herr Zumpfort: Sie irren!

(Lebhafter Beifall bei der SPD)

Präsidentin Lianne Paulina-Mürl:

Herr Abgeordneter Ruge!

Jens Ruge [F.D.P.]:

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen! Meine Herren! Wir haben uns bei diesem Antrag mit der CDU abgestimmt, und wir sind übereingekommen, daß es in diesem Hause sehr wohl Mehrheiten dafür geben könnte, alle Fraktionen gemeinsam im Präsidium zu verankern, und zwar von dem Grundsatz her, daß das Präsidium das Parlament nach außen repräsentiert. Wenn nach außen repräsentiert wird, sollten in der Tat alle Fraktionen daran teilhaben.

Herr Börnsen irrt, wenn er meint, daß der **dritte Vizepräsident** der **F.D.P.** zustünde. Ebenso wie in Bonn oder in anderen Parlamenten der fünfte oder der vierte oder der dritte Vizepräsident der **F.D.P.** nicht zusteht, steht er hier nicht der **F.D.P.** zu, sondern der CDU.

(Zuruf von der CDU: So ist es!)

Wir haben von vornherein überlegt, ob es so sein soll wie in Bonn, wo es völlig unabhängig von der Frage, wer regiert, bisher üblich war, daß die stärkste Fraktion auf einen Vizepräsidenten verzichtet hat und dafür ein **F.D.P.-Vizepräsident** den Platz eingenommen hat. Dies ist dann auch geschehen. 1976, 1980, als wir eine sozial-liberale Koalition hatten und die CDU stärkste Fraktion war, hat die CDU auf diesen Vizepräsidenten zugunsten der **F.D.P.** verzichtet. Wir wissen, daß es für die **SPD**-Fraktion bei dem von ihr erreichten Wahlsieg eine Zumutung gewesen wäre – nachdem sie nach so langer Zeit neben dem Amt des Präsidenten Zugriff auf das Amt des zweiten Vizepräsidenten hatte –, auf dieses Amt zu verzichten, und sind deshalb gar nicht erst an die **SPD**-Fraktion herangetreten mit der Bitte,

(Heiterkeit bei der SPD)

darauf zu verzichten, wie es in Bonn üblich ist.

Nein, wir haben die entsprechende Bitte geäußert – wir haben nicht irgendein Tauschgeschäft oder sonst etwas vorgeschlagen –, und zwar von dem Grundsatz her, daß alle Fraktionen mit einem Vizepräsidenten im Präsidium vertreten sein sollten. Das ist etwas ganz anderes als das, was Herr Börnsen hier als Argument vorgetragen hat, und in Bonn hätte die **SPD**-Fraktion auch jederzeit zugunsten der **GRÜNEN** – das können wir ja offen ansprechen; das war ja eines der Argumente von Herrn Börnsen – auf einen Vizepräsidenten verzichten können,

(Beifall bei der **F.D.P.** und bei der CDU)

wie es in diesem Fall die CDU in Bonn getan hat.

Dieser dritte Vizepräsident steht also nicht uns, sondern der CDU zu, die dann zu unseren Gunsten auf die Besetzung dieses Amtes verzichten würde.

Ich möchte Ihnen einen letzten Hinweis geben. Wir haben als **F.D.P.** in der Wahlnacht, als feststand, daß dieses Parlament offene Mehrheiten hat, die bedeu-

(Jens Ruge)

ten, daß man viele Dinge in Richtung Parlamentsreform, Geschäftsordnung gemeinsam neu regeln und besser regeln kann, gesagt – auch als feststand, daß ein Untersuchungsausschuß kommen würde; wir haben es zum Beispiel Herrn Kribben gesagt –, daß wir, wenn dieser Untersuchungsausschuß kommt, selbstverständlich davon ausgehen, daß dann – wie in Bonn – die stärkste Fraktion den Vorsitz übernimmt. Diesen Hinweis haben wir sofort gegeben, und wir sind der Meinung, daß man gewisse Spielregeln und gewisse Dinge des Umgangs miteinander anders ordnen sollte als vorher.

(Horst Hager [SPD]: Dann fangen Sie einmal an!)

Das Verhalten der SPD-Fraktion bei diesem Antrag gehört irgendwo nach meinem Verständnis mit dazu. Ich bitte daher noch einmal, eine vielleicht verärgerte, parteipolitisch festgezurrte Meinung zu überdenken. Wir bitten um Zustimmung.

(Beifall bei der F.D.P. und bei der CDU – Rolf Selzer [SPD]: Ein Start mit Peinlichkeiten, Herr Kollege!)

Präsidentin Lianne Paulina-Mürl:

Das Wort hat der Herr Abgeordnete Meyer.

Karl Otto Meyer [SSW]:

Frau Präsidentin! Meine Damen! Meine Herren! Ich habe die Arbeit dieses Hohen Hauses 16 Jahre lang verfolgen können, und ich bin zu dem Resultat gekommen, daß das Präsidium, bestehend aus einem Präsidenten und zwei Vizepräsidenten, seine Arbeit gut geleistet hat.

(Beifall bei der SPD)

Ich habe nicht den Eindruck gehabt, daß es absolut notwendig sei, einen **dritten Vizepräsidenten** zu wählen.

Wenn wir die Haltung einnehmen, daß alle Fraktionen repräsentieren dürfen sollen, würde das auch bedeuten, daß wir, wenn die GRÜNEN hier vertreten wären, wenn sie 5,1 % der Stimmen erhalten hätten, einen vierten Vizepräsidenten wählen müßten. Dafür hätten wir aber nach meiner Überzeugung keine Mehrheit bekommen.

Ich glaube also nicht, daß es eine prinzipielle Erklärung ist, die hier vorgetragen wurde. Bei allem Verständnis für die F.D.P.: Ich weiß, ihr denkt so im i-Schema. Strich rauf, Strich runter, Strich rauf, Punkt. Nach dieser Regel könnte ein vierter Vizepräsident „drin sein“. Da ich aber meine Politik nicht danach, sondern nach den Realitäten mache, sage ich Ihnen, daß wir nach den Realitäten mit einem Präsidenten und zwei Vizepräsidenten gut auskommen. Ich kann diesem Antrag also nicht meine Zustimmung geben.

(Beifall bei der SPD)

Präsidentin Lianne Paulina-Mürl:

Herr Buhmann, ich darf Sie fragen, ob das eine Wortmeldung war. – Nein; dann liegen keine weiteren Wortmeldungen mehr vor.

Ich lasse über den Antrag Drucksache 11/11 abstimmen. Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Stimmenthaltungen? – Das Ergebnis lautet 37 zu 37; damit ist der Antrag abgelehnt.

(Beifall bei der SPD)

Ich stelle fest, daß mit der Maßgabe des gefaßten Beschlusses – Drucksache 11/10 – die bisherige Geschäftsordnung auch in der 11. Wahlperiode des Schleswig-Holsteinischen Landtages gilt. Es erhebt sich kein Widerspruch; dann ist es so beschlossen.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 4 auf:

Wahl des ersten Landtagsvizepräsidenten

Wahlvorschlag der Fraktion der CDU

Drucksache 11/2

Die Wahl der Vizepräsidenten erfolgt geheim. Für die Wahl zum ersten Landtagsvizepräsidenten hat die Fraktion der CDU Herrn Abgeordneten Dr. Eberhard Dall'Asta vorgeschlagen. Ich eröffne den Wahlakt und bitte die Schriftführer, die Namen aufzurufen.

(Namensaufruf und Stimmzettelaufgabe)

Meine Herren und Damen, ich stelle fest, daß alle Stimmzettel abgegeben worden sind. – Ich höre keinen Widerspruch. Der Wahlakt ist damit beendet.

Ich unterbreche die Sitzung zur Auszählung der Stimmzettel für etwa fünf Minuten.

Unterbrechung: 12.43 Uhr

Wiederbeginn: 12.56 Uhr

Präsidentin Lianne Paulina-Mürl:

Meine Herren und Damen, die Sitzung ist wiedereröffnet.

Ich gebe das Ergebnis der Wahl des ersten Landtagsvizepräsidenten bekannt:

Abgegebene Stimmen: 74

Gültige Stimmen: 74

Ja-Stimmen: 58

(Beifall im ganzen Hause)

Nein-Stimmen: 11

Stimmenthaltungen: 5

Damit ist der Herr Abgeordnete Dr. Eberhard Dall'Asta für die Dauer der 11. Wahlperiode zum ersten Landtagsvizepräsidenten gewählt worden. Ich frage Sie, Herr Abgeordneter Dr. Dall'Asta, ob Sie die Wahl annehmen.

(Dr. Eberhard Dall'Asta [CDU]: Ja!)

(Präsidentin Lianne Paulina-Mürl)

– Ich beglückwünsche Sie sehr herzlich, Herr Abgeordneter, und hoffe auf eine gute und vertrauensvolle Zusammenarbeit.

(Beifall)

Wir kommen dann zur

Wahl des zweiten Landtagsvizepräsidenten

Wahlvorschlag der Fraktion der SPD

Drucksache 11/3

Für die Wahl zum zweiten Landtagsvizepräsidenten hat die Fraktion der SPD Herrn Abgeordneten Alfred Schulz vorgeschlagen.

Ich eröffne den Wahlakt und bitte die Schriftführer, die Namen aufzurufen.

(Namensaufruf und Stimmzettelabgabe)

Meine Damen und Herren, ich stelle fest, daß alle Stimmzettel abgegeben sind. – Ich höre keinen Widerspruch. Der Wahlakt ist damit beendet.

Ich unterbreche die Sitzung für fünf Minuten, schlage jedoch vor, im Raum zu bleiben, damit wir zügig weitermachen können.

Unterbrechung: 13.01

Wiederbeginn: 13.17 Uhr

Präsidentin Lianne Paulina-Mürl:

Meine Herren und Damen, die Sitzung ist wiedereröffnet.

Ich gebe das Ergebnis der Wahl des zweiten Landtagsvizepräsidenten bekannt:

Abgegebene Stimmen: 74

Gültige Stimmen: 74

Ja-Stimmen: 36

Nein-Stimmen: 37

1 Enthaltung

Damit ist der Antrag abgelehnt worden.

Der Herr Abgeordnete Engholm hat das Wort.

Björn Engholm [SPD]:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich bitte, daß die Sitzung für eine halbe Stunde unterbrochen wird.

Präsidentin Lianne Paulina-Mürl:

Die Sitzung ist unterbrochen.

Unterbrechung: 13.18 Uhr

Wiederbeginn: 14.01 Uhr

Präsidentin Lianne Paulina-Mürl:

Die Sitzung ist wiedereröffnet.

Herr Abgeordneter Kribben, Sie haben das Wort.

Klaus Kribben [CDU]:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich unterstelle, daß der Antrag Drucksache 11/14 inzwischen eingebracht ist. Ich beantrage für meine Fraktion eine Unterbrechung der Sitzung für 15 Minuten.

Präsidentin Lianne Paulina-Mürl:

Die Sitzung ist für 15 Minuten unterbrochen.

Unterbrechung: 14.02 Uhr

Wiederbeginn: 14.22 Uhr

Präsidentin Lianne Paulina-Mürl:

Meine Herren und Damen, die Sitzung ist wiedereröffnet.

Wir sind bei der Wahl des zweiten Landtagsvizepräsidenten. Dazu liegt der Wahlvorschlag der Fraktion der SPD, Drucksache 11/14 vor.

Herr Abgeordneter Engholm hat das Wort.

Björn Engholm [SPD]:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Wir als Sozialdemokratische Landtagsfraktion haben bei der Wahl des ersten Vizepräsidenten des Schleswig-Holsteinischen Landtages aus Überzeugung und mit gutem Grund für ein sehr respektables Ergebnis gesorgt. Ich bin davon überzeugt, daß viele in meiner Fraktion, die bei der Wahl zum ersten Vizepräsidenten ihre Zustimmung gegeben haben, es getan haben, obwohl in der Vergangenheit zwischen ihnen und dem gewählten Vizepräsidenten erhebliche politische Differenzen bestanden haben.

(Beifall bei der SPD)

Wir haben in einem Akt der Übereinstimmung Präsidenten mitwählen wollen, die schon im ersten Wahlgang das Vertrauen der überwiegenden Mehrheit dieses Hauses besitzen.

Wir schlagen ihnen jetzt erneut den Kollegen Alfred Schulz für die Wahl zum zweiten Vizepräsidenten vor. Sie alle kennen den Abgeordneten Schulz. Sie wissen, daß er über viele Jahre hinweg Ausschußvorsitzender gewesen ist. Sie wissen, daß er ein streitbarer Parlamentarier ist, der es vielen nicht leicht macht, ihm die Zustimmung zu geben. Bedenken sie aber bitte, daß Herr Schulz eine in diesem Parlament wichtige Funktion wahrgenommen hat, nämlich sich immer für jene Gruppen eingesetzt hat, für die in Parlamenten Gehör zu finden nie leicht war.

(Beifall bei der SPD)

Ich möchte Sie bitten, über die möglichen politischen Grenzen hinweg der Wahl des Abgeordneten Alfred Schulz eine faire Chance in diesem Hause zu gewähren.

(Beifall bei der SPD)

Präsidentin Lianne Paulina-Mürl:

Herr Abgeordneter Kribben hat das Wort.

Klaus Kribben [CDU]:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich halte zwar die Bemerkung, die der Kollege Engholm gerade gemacht hat, für nicht mit der Geschäftsordnung vereinbar, möchte aber trotzdem aus meiner Sicht drei Sätze dazu sagen.

Das hervorragende Ergebnis, das die Präsidentin heute hier erzielt hat, ist durch einen wesentlichen Beitrag meiner Fraktion geleistet worden.

(Beifall bei der CDU)

Zweite Bemerkung! Wir respektieren natürlich das Vorschlagsrecht der Sozialdemokraten, aber ich meine, Herr Kollege Engholm, jede Fraktion ist gut beraten, hier einen Kandidaten zu präsentieren, der möglichst konsensfähig ist, das heißt, der das Vertrauen möglichst vieler Mitglieder dieses Hauses genießt, weil er nämlich uns alle nach außen hin zu repräsentieren hat. Ich schlage Ihnen deshalb vor, sich zu überlegen, ob Sie einen anderen Kandidaten für dieses Amt vorsehen können.

(Beifall bei der CDU)

Präsidentin Lianne Paulina-Mürl:

Ich gehe davon aus, daß der Antrag aufrechterhalten bleibt. Ich eröffne den Wahlakt und bitte die Schriftführer, die Namen aufzurufen.

(Namensaufruf und Stimmzettelabgabe)

Meine Herren und Damen, ich stelle fest, daß alle Stimmzettel abgegeben worden sind. Ich beende den Wahlakt damit. Ich bitte Sie, während der folgenden Unterbrechung hierzubleiben, damit es schneller geht.

Ich unterbreche die Sitzung für etwa fünf Minuten.

Unterbrechung: 14.38 Uhr

Wiederbeginn: 14.47 Uhr

Präsidentin Lianne Paulina-Mürl:

Meine Herren und Damen, die Sitzung ist wiedereröffnet. Mir liegt das Ergebnis der Wahl des zweiten Landtagsvizepräsidenten vor.

Abgegebene Stimmen: 74

Gültige Stimmen: 74

Ja-Stimmen: 37

Nein-Stimmen: 37

Der Wahlvorschlag Drucksache 11/14 ist damit abgelehnt.

Der Herr Abgeordnete Engholm hat das Wort.

Björn Engholm [SPD]:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich bitte erneut um eine Unterbrechung der Sitzung von etwa 15 Minuten.

Präsidentin Lianne Paulina-Mürl:

Die Sitzung ist für 15 Minuten unterbrochen.

Unterbrechung: 14.48 Uhr

Wiederbeginn: 15.15 Uhr

Präsidentin Lianne Paulina-Mürl:

Meine Herren und Damen, die Sitzung ist wiedereröffnet.

Wir sind immer noch bei demselben Tagesordnungspunkt. Es liegt ein weiterer Wahlvorschlag vor; die SPD-Landtagsfraktion benennt den Herrn Abgeordneten Uwe Jensen. Ich bitte Sie um Verständnis dafür, daß der Antrag noch nicht vorliegt; er wird gleich verteilt werden.

(Zurufe: Es geht auch so!)

– Es geht auch so. Wird das so akzeptiert? – Dann eröffne ich den Wahlakt und bitte die Schriftführer, die Namen aufzurufen.

(Namensaufruf und Stimmzettelabgabe)

Meine Herren und Damen, ich stelle fest, daß alle Stimmzettel abgegeben worden sind. Der Wahlakt ist damit geschlossen.

Ich unterbreche die Sitzung für fünf Minuten und bitte Sie, hier im Saal zu bleiben.

Unterbrechung: 15.26 Uhr

Wiederbeginn: 15.30 Uhr

Präsidentin Lianne Paulina-Mürl:

Meine Herren und Damen! Die Sitzung ist wiedereröffnet.

Ich gebe Ihnen das Ergebnis der Wahl des zweiten Vizepräsidenten bekannt:

Abgegebene Stimmen: 74

Gültige Stimmen: 74

Ja-Stimmen: 66

Nein-Stimmen: 5

(Beifall)

und – das darf ich der Vollständigkeit halber hinzufügen –

Enthaltungen: 3

(Beifall im ganzen Hause)

Damit ist Herr Abgeordneter Uwe Jensen für die Dauer der 11. Wahlperiode zum zweiten Landtagsvizepräsidenten gewählt worden. Ich frage Sie, Herr Abgeordneter Jensen, ob Sie die Wahl annehmen.

(Uwe Jensen [SPD]: Ja, ich nehme die Wahl an! – Beifall bei der SPD)

(Präsidentin Lianne Paulina-Mürl)

Ich beglückwünsche Sie herzlich und hoffe auf eine gute Zusammenarbeit.

Ich weise darauf hin, daß sich der Wahlvorschlag der Fraktion der F.D.P. zur Wahl einer dritten Vizepräsidentin durch die Beschlußfassung zur Geschäftsordnung unter dem Tagesordnungspunkt 5 erledigt hat.

Ich rufe auf:

Wahl der ersten Schriftführerin und ihres Stellvertreters

Wahlvorschlag der Fraktion der SPD
Drucksache 11/5

Ich gehe davon aus, daß Sie damit einverstanden sind, gleichzeitig zu behandeln:

Wahl des zweiten Schriftführers und seines Stellvertreters

Wahlvorschlag der Fraktion der CDU
Drucksache 11/6

Die Fraktion der SPD schlägt die Frau Abgeordnete Ute Erdsiek-Rave und zu deren Stellvertreter den Herrn Abgeordneten Gert Roßberg vor, die Fraktion der CDU den Herrn Abgeordneten Carsten Paulsen und zum Stellvertreter Herrn Abgeordneten Peter Jensen-Nissen. Ich schlage vor, über beide Vorschläge gemeinsam abzustimmen. Wenn darüber offen abgestimmt werden soll, muß das Haus einverstanden sein. Gibt es gegen diesen Vorschlag Einwendungen? – Das ist nicht der Fall. Ich lasse über die beiden Vorlagen gemeinsam abstimmen. Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Stimmenthaltungen? – Einstimmig. Damit sind die genannten Schriftführer gewählt. Ich bitte die neue Schriftführerin, hier vorn Platz zu nehmen. Ich danke mich bei Herrn Abgeordneten Johna. Herr Paulsen, Sie müssen noch eine Weile durchhalten.

(Beifall)

Ich rufe auf Tagesordnungspunkt 6:

Festlegung über die Fraktionsmindeststärke gemäß § 21 Abs. 1 der Landtagsgeschäftsordnung

Antrag der Fraktionen der SPD, der CDU und der F.D.P.

Drucksache 11/7

Wird hierzu das Wort gewünscht? – Das ist nicht der Fall. Ich lasse über die Drucksache 11/7 abstimmen. Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Einstimmig; der Antrag ist angenommen.

Ich rufe auf Tagesordnungspunkt 7:

Einsetzung eines Untersuchungsausschusses

Antrag der Fraktion der SPD

Drucksache 11/8 (neu)

Antrag der Fraktionen der SPD, der CDU, der F.D.P. und des Abgeordneten Karl Otto Meyer (SSW)

Drucksache 11/9 (neu)

Antrag der Fraktion der CDU

Drucksache 11/13

Ich erteile das Wort zur Begründung des SPD-Antrages. – Herr Abgeordneter Engholm!

Björn Engholm [SPD]:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Der Landtagswahlkampf des Jahres 1987 wird ohne Zweifel in die Geschichte des Landes Schleswig-Holstein eingehen – nicht nur wegen seines Ergebnisses, sondern vor allem wegen der Art und Weise, in der er geführt wurde.

Mario Cuono, der Gouverneur des Staates New York, hat in literarischer Sprache einmal ausgedrückt, Politik sei Prosa, **Wahlkampf** Poesie. Selten ist dieser schöne Satz in einem Wahlkampf so widerlegt worden wie in den letzten Monaten hier in Schleswig-Holstein.

(Beifall bei der SPD)

Wahlkampf, das ist der Kampf um Meinungen, der Kampf um die besseren politischen Konzepte, der Kampf um die Herzen, der Kampf um die Köpfe und über sie um Stimmen. Wahlkampf, das soll sein ein Kampf mit Worten, ein Streit der Argumente, ein Wettstreit der Parolen. Wahlkampf darf auch bestehen – niemand macht uns das streitig – aus Vereinfachungen. Aber Verdrehungen, wie wir sie erlebt haben, sind keine Vereinfachungen, und Verfälschungen sind keine halben Wahrheiten, sondern ganze Lügen.

(Beifall bei der SPD)

Wer im Wahlkampf bestrebt ist, aus dem politischen Gegner einen **Feind** zu machen, der muß zu Mitteln und Wegen greifen, die mit Sachaussagen, die mit politischen Argumentationsketten, mit **Werbung um politische Zustimmung** wenig oder nichts zu tun haben. In weiten Teilen des letzten Wahlkampfes ging es der Mehrheitspartei nicht um die klare sachliche politische Argumentation, es ging ihr in wesentlichen Bereichen um die gesellschaftliche **Herabsetzung des Gegners** und die Ächtung der gegnerischen Partei.

(Beifall bei der SPD)

Diese Methode hat in Schleswig-Holstein, ohne daß ich sie sehr lange – nicht länger als fünf Jahre – verfolgen kann, einen Vorlauf. Ich selbst habe mein erstes Erlebnis 1983 gehabt, als eine Schulakte meiner Tochter in einer Zeitung veröffentlicht und zum Wahlkampfthema für eine ganze Reihe – nicht für alle – CDU-Kandidatinnen und -Kandidaten herhielt. Man hat versucht, ein Zerrbild eines linken Marxisten von mir zu machen, und als das später zerplatzte, wurde in Vorbereitung des letzten Wahlkampfes ein Mensch erfunden, der maßgeschneiderte Streifenanzüge trage, der extravagante Schuhvorlieben mit Frau Gorbatschow teile, für die Arbeiter dort und hier erheblich bluten müßten.

Bei DDR-Fahrten, die meine Fraktion seit langer Zeit macht, wurde uns unterstellt, wir seien national unzuverlässig. Es wurde gar mit einem Fehler in einer Zeitung offen kokettiert: Engholm – SED-Politiker?

(Björn Engholm)

Was allen Fraktionsvorsitzenden nach freier Übereinkunft zusteht, nämlich ein Wagen und ein Büro mit einer entsprechenden Ausstattung, wurde zum Privileg des sozialdemokratischen Oppositionsführers hochstilisiert. Meiner Vorliebe zu einer schönen, aber bescheidenen Bleibe in Griechenland wurde der Stempel aufgedrückt, ich pflegte den Jet-set und sei ein Luxus-Jet-setter.

Aus Spekulationen in der Hansestadt Lübeck, an denen ich keinen Anteil gehabt habe – wie jeder und jede hier wissen –, wurde ein Bürgermeisterkandidat Engholm gemacht just in dem Moment, als seine Partei dabei war, ihn zum Spitzenkandidaten aufzustellen mit dem Zusatz, einer, der sich absetze, könne das Land Schleswig-Holstein nicht lieben. Ich will nicht alles wiedergeben, was es in dieser Zeit an Gehässigkeiten gegeben hat und was erfunden wurde. Aber der Versuch, die Person zu treffen, ihre Glaubwürdigkeit zu erschüttern, diese Linie findet sich permanent im „Schleswig-Holstein-Kurier“, und sie findet sich in der Fülle von Kommentaren aus der CDU.

Ich sage dazu: Die Leute fürs Grobe sind vor Herrn Pfeiffer erfunden worden und waren vorher in Amt und Würden.

(Beifall bei der SPD)

Es wurde im Wahlkampf selbst in der späteren Phase für meine Verhältnisse ausgesprochen widerlich, als über Wochen hinweg Flugblätter verteilt wurden unter dem Slogan „Paß auf, Schleswig-Holstein“, als CDU-Wahlkampfzeitungen erschienen oder eine Broschüre „Betrifft: Engholm“ verteilt wurde, **Verleumdungen**, wir begünstigten den Sex mit Kindern, wir seien nicht gegen die Gewalt, wir wollten die Abtreibung bis zum Tage der Geburt auf staatliche Kosten, wir leerten die Gefängnisse und entwaffneten zugleich die Polizei und wir bliesen – selbstverständlich – die Posaune des Ostens, auftauchten, als solche komischen Argumentationsreihen über Wochen politischer Alltag in unserem Lande wurden.

Schließlich hat es – was die SPD nie als Streitpunkt gesucht hat – der Hilfe der **Gerichte** bedurft, um die CDU in jene Schranken zu weisen, die eigentlich für jede Partei in einem demokratischen **Wahlkampf** von vornherein selbstverständlich sein sollten.

(Beifall bei der SPD)

Daß trotz einstweiliger Anordnung gegen „Schleswig-Holstein am Wochenende“ die Zeitung weiter verteilt wurde, sei nur als Marginalie erwähnt.

Ich meine, daß dies eines der unrühmlichsten Kapitel eines Wahlkampfes in der Geschichte der Wahlkämpfe Schleswig-Holsteins war, und ich verbinde mit der Erinnerung daran die Hoffnung, daß es eine Einmaligkeit bleiben und sich nicht wiederholen wird.

(Beifall bei der SPD)

Es hat viele in meiner Fraktion erstaunt, manche, die jahrelang dabei sind, auch bedrückt, daß es über die

Monate hinweg keine führenden CDU-Politikerinnen und -Politiker gegeben hat, die sich öffentlich von dieser Art des Wahlkampfes distanzieren, die mahnten, die zur Umkehr drängten. Die meisten – wenige Ausnahmen mögen die Regel bestätigen – haben sich erst abgesetzt, nachdem wir eine einstweilige Verfügung erstritten hatten.

Die Vorstellung, daß man sich im **Besitz der Macht** zum Erhalt derselben alles leisten kann, alle Grenzen überschreiten kann, scheint in der CDU in weiten Bereichen Platz gegriffen zu haben.

(Beifall bei der SPD)

Ich meine: Wo die persönliche **Herabwürdigung** salonfähig und wo rhetorische Verletzungen der Andersdenkenden alltäglich werden, heiligt in einer solchen Politik der Zweck die Mittel. Unsere geschichtliche Erfahrung zeigt allen und allemal: **Wo der Zweck die Mittel heiligt, hat der Verfall von Politik bereits begonnen.**

Welche Mittel möglich sind, zeigen die unglaublichen Vorgänge, zu deren Aufklärung wir einen **Untersuchungsausschuß** beantragt haben. Es geht zum einen um die Bespitzelung des Oppositionsführers durch angeworbene Detektive. Das Ziel dieser Aktionen war identisch mit der Kampagne zuvor, nämlich etwas zu konstruieren, mit dem man die **Glaubwürdigkeit** des politischen Gegners erschüttern konnte. Wer die Idee zu dieser Aktion hatte, wer die Anweisungen gab, wer davon wußte, wer dafür bezahlte, dies bedarf in unserem Lande dringend der Aufklärung.

(Beifall bei der SPD)

Auch der Versuch, durch eine **anonyme Anzeige** meine Steuerehrlichkeit in Zweifel zu ziehen, liegt auf derselben Linie des Versuchs einer persönlichen Diskreditierung. Wer die Idee dazu hatte, wer die Anweisungen gab, warum umfängliche Berechnungen über die Übergangsbezüge des Bundesministers in der Staatskanzlei angefertigt wurden, wer die Unterstellungen formulierte, an wen sie gingen, dies alles bedarf der Aufklärung in Schleswig-Holstein.

(Beifall bei der SPD)

Auch die **Fälschung der Briefbögen** der Grünen Partei und darauf gedruckt die Fälschung von Pressemitteilungen derselben Partei, die das Ziel hatten, meine Sozialdemokratische Partei und vermutlich auch die GRÜNEN zu verunglimpfen, bedarf der Aufklärung.

(Beifall bei der SPD)

Hier ist der Versuch gemacht worden, den Gegner mit Mitteln, die nicht zulässig sind – koste es, was es wolle –, zu zerstören. Damit ist der Versuch gemacht worden – er soll sich nicht wiederholen –, aus dem politischen Gegner endgültig einen Feind zu stilisieren. Ich frage mich: Wie krank müssen Hirne sein, die so etwas erfinden können? Ich kann mir dergleichen eigentlich in guten und alten Demokratien nicht vorstellen. Daß es vorgekommen ist, macht den

(Björn Engholm)

Gedanken notwendig, daß es vorstellbar ist. Folglich muß aufgeklärt werden.

(Beifall bei der SPD)

Ich frage mich auch: Wieviel abgrundtiefe Abneigung, möglicherweise auch Haß muß in Menschen vorhanden sein, wenn sie am Ende einer solchen Kette von Unseligkeiten, die zu unser aller Lasten werden gehen müssen, am Wahlwochenende und in der darauffolgenden freitäglichen Pressekonferenz auch noch die erstunkenen und erlogenen Anwürfe bundesweit wiederholen, um dem Gegner selbst dann, nachdem diese Vorgänge bekannt geworden sind, soviel wie möglich nach dem Motto mitzugeben: Es bleibt immer etwas hängen!

(Beifall bei der SPD)

Es wird nötig sein, auch die anderen öffentlich diskutierten Vorgänge aufzuhellen: Wer hat wann, wie und in wessen Auftrag den Versuch unternommen, die Gründung und die Tätigkeit der **UWSH** zu behindern oder gar zu verhindern? Wurde tatsächlich der Versuch einer – man kann es gar nicht anders formulieren – „**Selbstverwanzung**“ im Bereich der Staatskanzlei unternommen? Wenn ja, von wem, in wessen Interesse, in wessen Auftrag und mit welchem Ziel?

Der Wahlkampf, meine Damen und Herren, und die ihn prägenden Kampagnen – insbesondere die Vorgänge, die Gegenstand der Untersuchung sein müssen – haben unserem Land und der Demokratie in unserem Lande zutiefst geschadet.

(Beifall bei der SPD)

Diese Vorgänge haben das Fundament dessen, was man die „politische Identität“ nennt, also letztlich die Gleichgesinntheit und die Einheit in grundsätzlichen Fragen der Demokratie zwischen den Fraktionen, empfindlich gestört. Sie haben die Legitimität staatlichen Handelns und damit als Folge die Folgebereitschaft der Bürgerinnen und Bürger in Frage gestellt, und sie haben ganz ohne Zweifel – wie die Präsidentin heute morgen ebenfalls bemerkt hat – zur **Entfremdung** zwischen Volk, Parlament und Staat beigetragen. Die Befürchtung, daß **Politik** doch ein schmutziges Geschäft sei, hat in diesen Wochen und Monaten eine schlimme neue Nahrung bekommen, und den Schaden tragen wir alle, unabhängig davon, welche Verantwortung wir an den Vorgängen getragen haben.

Die **politische Kultur** in Schleswig-Holstein – ohnehin häufig mehr als eine theoretische Disziplin begriffen, denn praktisch erfahrbar gemacht – hat gelitten. Wir brauchen deshalb Aufklärung, Aufklärung über die unsäglichen Vorgänge, aber meines Erachtens ist das nur ein Teil dessen, was wir in den nächsten Monaten in den Fraktionen, in den Parteien und hier im gesamten Parlament werden leisten müssen. Ich meine, es gehört dazu, der Politik in Schleswig-Holstein nach dem Ablauf der letzten Monate und allen bitteren Erfahrungen einen neuen Geist zu geben. Für mich heißt das vor allem, die verhängnisvolle Verquickung von Staat und Partei,

von Partial- und Allgemeininteresse endlich und für alle Zukunft zu unterbinden.

(Beifall bei der SPD)

Der Staat in Schleswig-Holstein – und nicht nur hier – ist die politische Organisation der ganzen mündigen Gesellschaft, nicht aber das Instrument der Regierenden oder einer Partei und kein Instrument zur Machterhaltung. Es gilt, **übersteigerte Machtansprüche**, die wir erlebt haben, bis hin zu einer machiavellistischen Machtausübung künftig auszuschließen. Nicht die unbegrenzten Möglichkeiten für Regierende – Privilegien, sagen manche –, sondern gleiche Freiheiten und gleiche Chancen für alle Bürgerinnen und Bürger in diesem Lande sind gefragt, also republikanisches Denken, nachdem die Regierenden in ihrem politischen Handeln zunächst einmal jene Beherrschung vorzuzeigen hätten, die sie als Bescheidungsprinzip immer und immer wieder von den Bürgerinnen und Bürgern des Landes erwarten.

(Beifall bei der SPD)

Neubelebung in Schleswig-Holstein, das meint auch, daß wir künftig mit der **Sprache** in der Politik pfleglicher umgehen. Sprache muß wieder das Mittel der Verständigung, das Mittel des Transports von Sachaussagen werden, muß Mittel des Dialogs sein; sie muß zurückkehren von dem, was sie gegenwärtig geworden ist: eine Waffe im Kampf zwischen **Feinden**.

Erforderlich ist auch, daß die Opposition hier im Parlament, ebenso aber außerparlamentarische Kritiker jene Funktion erhalten, die ihnen in einer pluralistischen Demokratie zukommt.

Sie sind nicht nur formal zu respektieren, sie sind als eine unverzichtbare Produktivkraft zur Weiterentwicklung unserer Gesellschaft in alle politischen Prozesse einzubeziehen. Sie dürfen nicht länger ausgeschlossen bleiben.

Dies zu erreichen, meine Damen und Herren, setzt die Bereitschaft dazu voraus – in allen Parteien, in allen Fraktionen –, und ich erwarte hier von der CDU aufgrund der Vorgänge der Vergangenheit **besondere Anstrengungen**. Wir werden uns gemäß dem, was Bischof Wilckens heute morgen in seiner Andacht gesagt hat, einer Zusammenarbeit in der Zukunft selbstverständlich trotz der Gräben, die aufgerissen worden sind, nicht verschließen.

Die stärkste **Gefährdung der demokratischen Wertordnung** liegt meines Erachtens nicht im Mangel an geschriebenen Werten. Wir haben eine hervorragende Verfassung der Bundesrepublik, wir haben eine hervorragende Landessatzung, wir haben dazu hervorragende Kommentare. Die stärkste Gefährdung unserer Wertordnung liegt auch nicht etwa im Mangel an Werteübereinkunft der Bürgerinnen und Bürger in unserem Lande selbst. Ich meine, die stärkste Gefährdung liegt in der Verletzung all dieser Werte im praktischen Handeln der politisch Verantwortlichen. Was das angeht, so hat die Regierung, hat die Mehrheitsfraktion in der Vergangenheit eine

(Björn Engholm)

Menge dazu beigetragen, daß das Bewußtsein der Werteübereinkunft bei uns verringert worden ist.

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren, ich denke, wir brauchen in vielen Bereichen in Schleswig-Holstein den Versuch eines gemeinsamen neuen Anfangs. Dieses Land soll nicht zu viele Tage erleben, wie es sie heute erlebt hat. Was entsteht, wenn wir uns permanent in Patt-Situationen mit 37 zu 37 Stimmen gegenüberstehen, wird nicht dazu beitragen, das Vertrauen in die Stabilität der Regierung, die Stabilität der parlamentarischen Arbeit in der Zukunft zu erhöhen. Deshalb brauchen wir einen politischen und einen geistigen Neuanfang. Meine Fraktion in ihrer Gesamtheit ist dazu für dieses Hohe Haus bereit.

(Beifall bei der SPD)

Präsidentin Lianne Paulina-Mürl:

Ich erteile dem Herrn Abgeordneten Kribben das Wort zur Begründung des Antrags der CDU-Fraktion.

Klaus Kribben [CDU]:

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich will eine Vorbemerkung machen: Ich weiß nicht, ob sie gut beraten waren, Herr Kollege Engholm, diesen Antrag persönlich zu begründen.

Meine Damen und Herren, alle 33 Mitglieder meiner Fraktion haben ein vitales Interesse daran, daß die Machenschaften des Herrn Pfeiffer schnell und lückenlos aufgeklärt werden.

(Beifall bei der CDU)

Wir haben schon am 15. September, also zwei Tage nach der Landtagswahl, die Einsetzung eines parlamentarischen **Untersuchungsausschusses** angekündigt. Ich meine, daß wir dies uns und auch den Bürgern unseres Landes schuldig sind, denn ich gebe Herrn Engholm recht: Viele Menschen sind verunsichert, viele Menschen fragen sich zu recht, wie so etwas in Schleswig-Holstein passieren konnte.

Die Folgen spüren wir alle. Die Distanz zum parlamentarischen System, die Distanz auch zu den politischen Parteien ist in den letzten Wochen größer geworden. Und ich stimme Herrn Engholm auch zu, wenn er sagt: Das Vertrauen in die politische Kultur unseres Landes hat Schaden genommen.

Um so mehr, meine Damen und Herren, sind wir jedoch gefordert, alles zu tun, um das **Vertrauen** der Menschen in uns und unsere politische Arbeit zu erneuern und zu stärken.

Der Ministerpräsident a.D. Uwe Barschel hat für die **Machenschaften** von Herrn Pfeiffer die **politische Verantwortung** übernommen, weil sie aus der Pressestelle der Landesregierung heraus erfolgt sind. Ich meine, meine Damen und Herren – und damit wende ich mich an alle Mitglieder des Hauses –, diese Haltung verdient unseren Respekt.

(Beifall bei der CDU)

Uwe Barschel hebt sich damit wohltuend von denen ab, die zwar gern von Verantwortung reden, damit oft aber nur die eigene Macht meinen. Ich denke aber auch, meine Damen und Herren, Uwe Barschel hat mit seinem **Rücktritt** einen überzeugenderen Beitrag zur Wiederherstellung der politischen Kultur geleistet als viele, die sich in diesen Tagen – aus meiner Sicht etwas vollmundig und häufig auch sehr scheinheilig – zu diesem Thema geäußert haben.

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren, es ist richtig – und niemand leugnet es –: Aus der Pressestelle der Landesregierung heraus sind schwerwiegende **Machenschaften** durch einen Mann mit einer bemerkenswerten kriminellen Energie begangen worden.

(Lachen bei der SPD)

Ich bedauere dies zutiefst, und ich bedauere auch, daß Sie, Herr Kollege Engholm – ich habe Ihnen das bereits unter vier Augen gesagt –, und Ihre Familie davon betroffen worden sind.

Es trifft auch zu, daß im Wahlkampf von meiner Partei **Fehler** gemacht worden sind, die nicht nur ich, sondern auch viele meiner politischen Freunde in der letzten Zeit als **Fehler** gebrandmarkt haben. Aber, meine Damen und Herren, ich verwahre mich ganz entschieden gegen den Versuch, uns zu unterstellen, wir hätten etwas mit den Machenschaften von Herrn Pfeiffer zu tun oder wir hätten eine gezielte Kampagne gegen Herrn Engholm oder gegen die Sozialdemokratie in Schleswig-Holstein betrieben.

(Widerspruch und Lachen bei der SPD – Beifall bei der CDU)

Wer dies behauptet, meine Damen und Herren, handelt ohne jeden Beweis, ja, er handelt auch wider besseres Wissen.

(Zurufe von der SPD)

Er zeigt, meine Damen und Herren, daß er aus durchsichtigen parteitaktischen Gesichtspunkten **heraus nicht bereit** ist, einen Beitrag – wie es **Herr Engholm** hier eben gesagt hat – zur Entgiftung des politischen Klimas zu leisten.

Als Sie in den Tagen mehrfach den Rücktritt des Ministerpräsidenten Uwe Barschel gefordert haben, haben Sie auch immer wieder auf die Parallele zu Willy Brandt und Georg Leber verwiesen. Ich nehme das gern auf, denn damals, meine Damen und Herren, nach der Übernahme der **politischen Verantwortung** durch Willy Brandt oder Georg Leber, hat keiner meiner Parteifreunde mehr Ihre Partei in toto mit diesen Vorkommnissen identifiziert. Ich fordere Sie auf, jetzt mit gleichem Maß auch das zu messen, was auf unserer Seite an Fehlern passiert ist. Denn nur dann wird es möglich sein – und damit nehme ich einen zweiten Aspekt aus den Ausführungen des Kollegen Engholm auf –, dem in der Tat weit verbreiteten Vorurteil, Politik sei ein schmutziges Geschäft, wirksam entgegenzutreten.

(Klaus Kribben)

Meine Damen und Herren, lassen Sie uns deshalb – und ich sage Ihnen das für meine Fraktion ausdrücklich zu – gemeinsam den Versuch unternehmen, zu einer sachlichen politischen Auseinandersetzung zurückzufinden. Ich glaube, daß der heute von uns gemeinsam einzusetzende parlamentarische Untersuchungsausschuß dazu einen guten Beitrag leisten kann.

(Beifall bei der CDU)

Präsidentin Lianne Paulina-Mürl:

Ich eröffne die Aussprache. Wird das Wort gewünscht? – Herr Abgeordneter Dr. Zumpfort!

Dr. Wolf-Dieter Zumpfort [F.D.P.]:

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Noch in der Wahlnacht, unmittelbar nach Bekanntgabe des vorläufigen amtlichen Endergebnisses der Wahl, als der Wiedereinzug einer F.D.P.-Fraktion in den Schleswig-Holsteinischen Landtag also sicher feststand, war mein erster Gang der Gang zu den beiden Fraktionsvorsitzenden, dem Fraktionsvorsitzenden der CDU, Herrn Klaus Kribben, und Herrn Björn Engholm von der SPD. Ich habe dort für meine Fraktion unmißverständlich deutlich gemacht, daß wir auf die sofortige **Einsetzung eines Untersuchungsausschusses** drängen wollen. Ich habe dies mit der Aufforderung an beide Fraktionen verbunden, dazu auch die Geschäftsordnung des Deutschen Bundestages zugrunde zu legen. Wir wollten eine sofortige Einsetzung, und wir mußten uns nur noch darüber unterhalten, ob es noch durch das alte Parlament geschehen sollte oder durch das neue.

(Zurufe von der SPD)

Nachdem der Gedanke der Einsetzung eines Untersuchungsausschusses durch das alte Parlament verworfen wurde, kamen wir überein, die konstituierende Sitzung des Landtages vorzuverlegen, um den Untersuchungsausschuß – wie es jetzt geschehen soll – möglichst schnell einzusetzen.

Eine **schnelle Klärung** aller Vorwürfe – so war uns damals schon klar – lag und liegt auch heute noch im Interesse aller Parlamentarier, insbesondere aber im Interesse des Landes Schleswig-Holstein, das unter dem Eindruck eines sogenannten „Waterkantgate“ schon jetzt schweren Schaden genommen hat.

Der Untersuchungsausschuß ist die schärfste Waffe, welche Parlamentariern zur Verfügung steht, um Regierung und Verwaltungsapparat zu kontrollieren. Sie ersetzt mitnichten eine Aufklärung und Verurteilung von Straftatbeständen oder zivilrechtlicher Anklagepunkte, welche außerhalb des Parlamentes von Gerichten geklärt werden müssen. Sie ersetzt auch nicht die freiwillige, lückenlose Aufklärung durch Betroffene, sei es im Regierungsapparat, oder sei es in den Medien.

Der englische Staatsrechtler Sir Walter Bagelot, ein Senior der parlamentarischen Wissenschaften, hat fünf **Funktionen des Parlaments** definiert. Diese

Funktionen sind: zu wählen, Meinung zu äußern, zu informieren, zu lehren und Gesetze zu machen.

Die ersten drei Funktionen – im englischen heißen sie *electiv, expressiv und informing function* – machen nach Bagelot das aus, was die Kontrollfunktion des Parlaments heute darstellt: durch Abwahl oder Rücktritt, durch Meinungsäußerung und durch Information ist das Parlament in der Lage, die Regierung und den Beamtenapparat zu kontrollieren. Zu dieser **Kontrollfunktion** gehört es dann auch, daß in Untersuchungsausschüssen rückhaltlos und in allen möglichen Richtungen aufgeklärt wird, wo sich Regierung oder Verwaltung fehlverhalten oder sich etwas haben zuschulden kommen lassen.

(Beifall bei der F.D.P.)

Die Kontrollfunktion ist damit eines der wichtigsten und aus bürgerlichem und liberalem Verständnis heraus auch das effektivste Mittel, die Freiheit und die Grundrechte in unserem Lande zu sichern.

Die F.D.P. als neue, frische Kraft – –

(Beifall bei der F.D.P. – Lachen bei der SPD)

– Wären wir im letzten Parlament vertreten gewesen, hätte es diese Polarisierung nicht gegeben!

(Widerspruch bei der SPD)

Ich betone, die F.D.P. als neue, frische Kraft im Landtag sieht sich insbesondere bei diesem Untersuchungsausschuß in der Rolle des **unparteiischen, objektiven Betrachters**. Sie wird alles daran setzen, daß Gesetz und Recht, aber auch Wahrheit und Schuld lückenlos aufgeklärt werden.

(Beifall bei der F.D.P.)

Aufklärung bedeutet dreierlei. Das ist bei den Vorrednern bisher zu kurz gekommen. **Aufklärung** heißt zunächst zu untersuchen, ob Mitglieder des Regierungsapparats von den Machenschaften des Herrn Pfeiffer gewußt, sie geduldet oder sogar initiiert haben.

Daneben steht die Aufgabe, auch eine etwaige **Verflechtung** zwischen Regierung und Regierungspartei aufzudecken, um hier ebenfalls die Sauberkeit der öffentlichen Verwaltung und damit das Ansehen der Verwaltung insgesamt wiederherzustellen.

Wir orientieren uns dabei an dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts von 1979, in dem es heißt, daß die Verwaltung von Einflüssen freizuhalten ist, die eine objektive, unparteiische und einwandfreie Führung der Geschäfte gefährden könnten.

Sollten sich für eine derartige Verflechtung Anhaltspunkte ergeben, so werden wir unsere Finger in die Wunde legen; darauf können Sie sich verlassen.

(Rolf Selzer [SPD]: Aber erst waschen! – Heiterkeit bei der SPD)

Zum Dritten, verehrter Herr Kollege – und nun sind Sie dran –, gilt es aber auch, sich im Untersuchungsausschuß Klarheit darüber zu verschaffen, ob es zwischen der Presse und einer Partei **Beziehungen**

(Dr. Wolf-Dieter Zumpfort)

gegeben hat, die dazu hätten genutzt werden können, das **Wahlergebnis** im eigentlichen Sinne zu beeinflussen.

(Beifall bei der F.D.P. und bei der CDU)

Schließlich ist die Affäre gerade vor einer wichtigen Landtagswahl in den öffentlichen Blickpunkt gerückt. Dies entspricht nicht dem Stil und den Erwartungen, die wir als Liberale haben und die man generell an uns als die Parlamentarier als gewählte Vertreter des Volkes stellt.

Die heutige Einsetzung des Untersuchungsausschusses bedeutet zudem eine Möglichkeit, das **Vertrauen** der Bürger in die Politik wiederherzustellen. Der Spruch von der „schmutzigen Politik“ ist bereits zitiert worden. Wir können aber mit den Selbstreinigungskräften des Parlaments dem entgegenwirken und vielleicht damit einen Teil des ungeheuren Schadens heilen, der entstanden ist und der auch unser Ansehen als Parlamentarier in Mitleidenschaft gezogen hat.

Insgesamt befürchte ich aber – ich bedauere, das hier feststellen zu müssen –, daß insbesondere bei der jüngeren Generation ein nicht wiedergutzumachender Schaden entstanden ist. Einen Vertrauensgewinn kann aber ein Untersuchungsausschuß nur dann erzielen, wenn einige Modalitäten beachtet werden. Ich setze voraus, daß ein fairer und sachlicher Umgang untereinander selbstverständlich ist. Bisher habe ich allerdings nicht den Eindruck, daß das der Fall sein könnte.

(Zuruf von der SPD: Sehr richtig!)

– Daran sind Sie durch Ihre Bemerkungen aber auch selbst schuld!

(Beifall bei der F.D.P. und bei der CDU)

Die **Zusammensetzung** des Ausschusses mit je vier Parlamentariern der großen Fraktionen und je einem Vertreter des SSW und der F.D.P. führt zu offenen Mehrheiten und damit zum Zwang, andere zu überzeugen, sich zu einigen. Dies ist eine Chance, einen neuen Stil und eine neue Politik im Landtag zu demonstrieren.

(Beifall) des Abgeordneten Neithart Neitzel [F.D.P.]

Wir haben darüber hinaus in der Wahlnacht darauf bestanden – das habe ich bereits gesagt –, bei einem **Untersuchungsausschuß** die Regeln des Deutschen Bundestages für die **Geschäftsordnung** zugrunde zu legen. Das bedeutet – abweichend vom bisherigen Verfahren –, daß in Zukunft die Ausschußvorsitzenden wechseln sollen. Ich halte dies für sehr wichtig. In diesem Zusammenhang sollte man darauf hinweisen, daß es im Grunde ein Unding ist, daß es im Schleswig-Holsteinischen Landtag weder ein Gesetz noch eine Geschäftsordnung über die Befugnisse und die Aufgaben eines Untersuchungsausschusses gibt.

(Beifall bei der SPD)

Die F.D.P. wird deshalb im Rahmen der von uns angestrebten **Parlamentsreform** dafür sorgen, daß Untersuchungsausschüsse eine klare Grundlage bekommen.

Meine Damen und Herren, wir haben als F.D.P.-Fraktion in den letzten drei Wochen einen Weg zurückgelegt, den wir als Doppelstrategie oder **Strategie zweier Ebenen** bezeichnet haben.

(Zurufe von der SPD)

Zum einen sind wir dem Wählerauftrag nachgekommen und haben Koalitionsverhandlungen mit der CDU aufgenommen. Dazu stehen wir.

(Beifall des Abgeordneten Neithart Neitzel [F.D.P.]

Zum anderen haben wir auf der Ebene der Spiegel/Pfeiffer-Affäre nicht nur darauf gedrungen, daß dieser Untersuchungsausschuß eingesetzt wird, sondern daß die unmittelbar von der Affäre Betroffenen auch alles tun, um zu einer lückenlosen Aufklärung der Vorfälle zu kommen. Wir haben dazu auch den ehemaligen Ministerpräsidenten aufgefordert, unabhängig von der Einsetzung eines Untersuchungsausschusses zur Klärung der Vorwürfe beizutragen und dazu auch gerichtliche Schritte – zivilrechtliche Schritte neben strafrechtlichen Schritten – einzuleiten.

Wir werden unsere Politik auf beiden Ebenen un-nachgiebig weiterverfolgen, aber wir werden – wie wir das beim Untersuchungsausschuß voraussetzen – fair und sachlich vorgehen. Dazu gehört auch – das möchte ich hier deswegen ganz besonders feststellen –, deutlich zu machen, daß durch unser Vorgehen keine Vorverurteilung von Herrn Dr. Barschel stattgefunden hat.

(Beifall bei der F.D.P.)

Wir haben immer betont, daß in der politischen Landschaft wie im Strafprozeß die **Unschuldsvormutung** gilt – auch für den Ministerpräsidenten!

(Zurufe von der SPD)

Das gilt ebenso wie die Tatsache, daß wir den **Eindruck eines Vorfreispruchs** nicht erwecken wollten.

Ich sage dies ohne Groll – und an dieser Stelle auch zum letztenmal und damit nicht mehr in der Öffentlichkeit –, damit deutlich wird, daß unser bisheriges Verfahren das ausschließliche Ziel hat, die Glaubwürdigkeit der Politik in Schleswig-Holstein wiederherzustellen. Es gilt jetzt, in die Zukunft zu schauen, unter anderem auch durch die Einsetzung dieses Untersuchungsausschusses.

Gerade wegen der Regelungen in diesem Parlament sage ich insbesondere von unserer Seite, daß die Dinge zu ernst sind, als daß man sie mit Emotion oder Polemik angehen könnte.

(Beifall bei der F.D.P. und bei der CDU)

Der Untersuchungsausschuß gibt diesem Parlament eine große Chance. Wir sollten sie nutzen, und

(Dr. Wolf-Dieter Zumpfort)

deswegen stimmen wir der Einsetzung des Untersuchungsausschusses zu.

(Beifall bei der F.D.P. und bei der CDU)

Präsidentin Lianne Paulina-Mürl:

Das Wort hat der Herr Abgeordnete Graf Kerksenbrock.

Dr. Trutz Graf Kerksenbrock [CDU]:

Herr Präsident!

(Fritz Latendorf [CDU]: Na, na! – Heiterkeit)

– Oh, ich bitte vielmals um Entschuldigung.

(Heiterkeit)

Frau Präsidentin, ich gelobe, daß das nicht mehr vorkommen wird, aber ich bitte, mir zuzugestehen, daß das eine neue Situation ist.

(Heiterkeit)

Ich muß mir überlegen, wie ich das wiedergutmachen kann.

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich darf zu allererst ein paar geschäftsleitende Bemerkungen machen, von denen ich glaube, daß sie auch auf die Zustimmung der anderen Fraktionen treffen werden, weil wir sie bereits miteinander besprochen haben.

Wir sind uns einig, über die **Kurzbezeichnung** des Ausschusses im Ausschuß selbst zu entscheiden, mit den Entscheidungsmöglichkeiten, die wir dort haben. Herr Zumpfort hat sie eben beschrieben.

Weiter sind wir uns einig, daß wir vom Wortlaut des Einsetzungsbeschlusses her den vollen Wortlaut der vier zu behandelnden Untersuchungskomplexe, die die Sozialdemokraten beantragt haben, beschließen wollen. Daran soll sich unser fünfter Untersuchungskomplex anschließen.

In diesem Zusammenhang weise ich darauf hin, daß es sich nicht um böswillige Abweichungen in unserem Antrag handelt, sondern es geht natürlich um den Landtagswahlkampf 1987. Da ist es mit Sicherheit so, daß der Dienstvorgesetzte von Herrn Pfeiffer eben nicht der Herr Ministerpräsident persönlich im eigentlichen dienstrechtlichen Sinne gewesen ist. Dies sind die kleinen Änderungen, die wir eingebracht haben. Aber sei es drum. Wir wollen in vollem Umfange untersuchen, und zu dieser Erkenntnis werden Sie sicherlich auch noch vorstoßen.

Ich möchte noch eine weitere Vorbemerkung machen. Ich halte es für durchaus richtig, darüber nachzudenken, wie wir mehr **Rechtssicherheit** im Hinblick auf die Einsetzung und auf das Verfahren bei Untersuchungsausschüssen schaffen, indem wir über eigene Gesetzesgrundlagen nachdenken. Ich halte es für durchaus richtig, darüber zu reden. Wir haben ja bereits in der letzten Wahlperiode durchaus Probleme mit diesem Gegenstand gehabt.

Und nun darf ich meine sachlichen Ausführungen damit beginnen, daß ich folgendes sehr deutlich

mache: Die CDU-Mitglieder dieses Ausschusses werden auf keinen Fall eine „Kleisterkolonne“ sein. Das sagt das aus, was wir vorhaben. Wir hätten – unabhängig vom sozialdemokratischen Antrag – einen eigenen Untersuchungsausschuß in jedem Falle beantragt, selbst wenn es diesen SPD-Antrag nicht gegeben hätte.

Ich sagen Ihnen sehr deutlich: Allein das, was bekannt und was unstreitig ist, das ist – das sage ich ganz offen – für sich schon erschütternd und unglücklich. Es wurde dadurch ein ganz enormes Aufklärungsbedürfnis geschaffen, das wir hundertprozentig bejahen, und deshalb wollen wir auch keiner Frage – in welcher Form auch immer – ausweichen. Alles, was hier an Fragen aufgetaucht ist, muß aufgeklärt werden. Dies geschieht im Interesse des Ansehens unserer parlamentarischen Demokratie. Ich bin zwar nicht mehr der allerjüngste Abgeordnete, aber ich sage hier ganz offen, daß ich dies für ein ganz besonderes Problem des Ansehens der Demokratie bei Jugendlichen, bei jüngeren Jahrgängen halte. Wir stehen hier in einer ganz besonderen Verpflichtung und haben durchaus etwas aufzuarbeiten.

Ich hoffe, daß sich diese unsere Arbeit auf künftiges **Wählerverhalten** jüngerer Wähler positiv auswirkt. Das ist ein wichtiger Gesichtspunkt in diesem Zusammenhang.

(Zuruf von der CDU)

Meine Damen und Herren, es ist auch eine Frage der **Selbstachtung des Parlaments**, und zwar über die Partei- und Fraktionsgrenzen in diesem Hohen Hause hinweg – hier stimme ich dem Oppositionsführer durchaus zu –, und es ist auch eine Frage der Funktionsfähigkeit der parlamentarischen Demokratie. Ich frage Sie, in welcher anderen Staatsform ein solches Instrument eines parlamentarischen Untersuchungsausschusses überhaupt möglich ist. Wir müssen dies als Vorzug begreifen und auch deutlich machen, und damit müssen wir dieses Instrument auch so handhaben, daß dieser Vorzug nach außen hin deutlich wird.

Unser Interesse an der Aufklärung ist – ich sage es noch einmal ganz deutlich – kein Jota geringer als das irgendeiner anderen Fraktion. Im Gegenteil; wir gehen noch ein Stückchen darüber hinaus: Wir wollen Aufklärung ohne Wenn und Aber, ohne Tabus und auch ohne Scheu vor sich etwa dann als notwendig herausstellenden Konsequenzen. Ich sage aber auch deutlich: Wir wollen, weil wir diesem Rechtsstaat verpflichtet sind, keine **Vorverurteilung**. Wir wollen ein faires, ein rechtsstaatlich sauberes Verfahren inklusive Unschuldsvermutung, inklusive Anwendung der im Rechtsstaat üblichen Zweifelsvermutung „in dubio pro reo“, die unseren Rechtsstaat auszeichnet. Dies gehört zu der Nüchternheit, die wir in diesem Untersuchungsausschuß mit Sicherheit an den Tag zu legen haben werden.

Nur dann, wenn das scharfe Schwert des Untersuchungsausschusses schneiden kann, wenn wir sorgsam damit umgehen und es nicht zu irgendwelchen – ich sage es einmal so – **Schaukämpfen** nutzen, wird es die schärfste parlamentarische Waffe bleiben. Dies

(Dr. Trutz Graf Kerssenbrock)

ist eine gemeinsame Aufgabe von uns allen. Wir wollen uns dieser Aufgabe mit allem Ernst und mit aller Sorgfalt stellen.

Wer lücklose Aufklärung will, darf auch vor allen Merkwürdigkeiten, die in dem genannten Untersuchungskomplex noch gar nicht genannt sind, nicht die Augen verschließen. Die Verfahrensweise des „Spiegel“ zusammen mit dem – ich sage einmal: anscheinend – mit äußerst zweifelhafter Integrität, mit einem äußerst zweifelhaften Ruf ausgestatteten Herrn Pfeiffer hat auf jeden Fall Fragen an die Fairness dieses Presseorgans, die Lauterkeit seiner Motive, an ein selbsternanntes „Sturmgeschütz der Demokratie“ lautwerden lassen.

Ich sage deutlich: Wir wollen deshalb auch die ganze Wahrheit über die Vorgänge im Gesamtzusammenhang kennenlernen und nicht nur Teilausschnitte, und wenn wir uns so beschränkten, wäre dies eben ein Teilausschnitt. Wir wollen die Frage beantwortet wissen, ob es einen gigantischen **Wahlbeeinflussungsversuch** gegeben hat. Wir wissen es nicht. Wir wollen es wissen.

(Horst Hager [SPD]: Wo war der Pfeiffer?)

Wir wollen auch wissen, ob es eine Vorbereitung der Akteure von langer Hand gegeben hat – der Akteure der Veröffentlichung, aber natürlich auch der Akteure des Handelns, um das es geht.

Wer wußte wann von welchen Vorgängen und hat sich seines Wissens gerade erst termingerecht zur Landtagswahl erinnert? Auch das wollen wir wissen. Bizarr ist doch die Tatsache, daß Herr Pfeiffer 16 Behauptungen vom Landgericht verboten bekommen hat, keinerlei Widerspruch dagegen eingelegt hat und statt dessen in Urlaub gefahren ist – ein Mann, der sich um seine Ehre und um den Nachweis der Richtigkeit seiner Behauptungen offensichtlich nicht zu kümmern scheint. Wer bezahlt ihm eigentlich die verlorenen Prozesse? Da werden die 40 000 DM auf dem Sparkonto, die zu haben er vorgibt, bald nicht mehr ausreichen, wenn das so weitergeht. Dies alles werden wir auch aufzuklären haben. Wir wollen nicht weniger, als alles im Gesamtzusammenhang aufzuklären, weil es hier viel aufzuklären gibt – auch über das Verhalten der sogenannten vierten Gewalt.

Ich hoffe sehr, daß wir alle – und wir werden im Untersuchungsausschuß eine Mannschaft von zehn Mitgliedern sein – eine Mannschaft im Interesse der Demokratie sein werden, daß wir alle in der Aufklärung soweit wie möglich kommen. Ich bin davon überzeugt, daß wir alle das gleiche Interesse haben. Wir werden aber auch Nüchternheit brauchen, wir müssen Versuchungen widerstehen, irgendwelche vermeintlichen, aber nicht klar bewiesenen Sachverhalte für bewiesen zu erachten und damit parteipolitische – ich möchte einmal so sagen – Kampagnen zu beginnen. Wir werden Zivilcourage brauchen, wir werden Ausdauer brauchen. Ich weiß, daß sich dieser Appell auch an uns richtet, aber ich sage dies mit vollem Bedacht.

Der Untersuchungsausschuß kann ein Mittel zur Wiederherstellung der von Ihnen, Herr Oppositionsführer, zitierten **politischen Kultur** sein – zur Herstellung oder zur Wiederherstellung, je nachdem. Wir wollen auch das. Ich sage das mit allem Bedacht, und insoweit kann an so einem Tiefpunkt, an dem wir möglicherweise stehen, dieser Untersuchungsausschuß eine Chance auch für einen Neubeginn, auch eine Chance für unsere gemeinsame Demokratie sein. Insoweit wollen wir diesen Einsetzungsbeschluß gemeinsam fassen.

(Beifall bei der CDU und bei der F.D.P.)

Präsidentin Lianne Paulina-Mürl:

Das Wort hat der Herr Abgeordnete Meyer.

Karl Otto Meyer [SSW]:

Frau Präsidentin! Meine Damen! Meine Herren! Ich stimme natürlich der Einsetzung eines solchen Untersuchungsausschusses zu und werde in diesem **Untersuchungsausschuß** auch mitarbeiten. Ich habe leider keinen Stellvertreter, aber ich hoffe, daß wir die Termine in Absprache mit dem Vorsitzenden so legen können, daß ich teilnehmen kann. Sonst komme ich in Schwierigkeiten. Vielleicht haben wir auch wieder Schwierigkeiten mit den Mehrheiten – oder auch nicht, aber so soll es ja wohl nicht sein.

Wie alle bin ich natürlich sehr daran interessiert, daß man alles das aufgeklärt, was nur aufzuklären ist. Zunächst einmal müssen wir natürlich von den Tatbeständen ausgehen, die vorhanden sind. Wenn dann noch einige Fragen hinzugefügt werden, okay, wenn man noch mehr wissen will, ist das in Ordnung, nur müssen wir aufpassen, daß wir nicht die Opfer zu Tätern machen.

(Beifall bei der SPD)

Dann sind da noch etliche Fragen, die wir stellen können, auf die wir vielleicht auch Antworten bekommen. Da sind aber ein paar **menschliche Fragen**, auf die ich höchstwahrscheinlich nie eine Antwort bekomme, und die berühren mich in dieser ganzen Situation eigentlich am meisten. Ich frage mich, **wie** es möglich war, daß ein Kollege dieses Hohen Hauses von Privatdetektiven bespitzelt werden konnte, daß einige andere Kollegen davon wissen, nicht aber der Betroffene. Das ist für mich eine Angelegenheit, die ich nicht richtig begreife. Ich weiß wohl, daß man sagen kann, es sei in solchen Verfahren nicht üblich, so etwas zu tun; trotzdem sind wir doch 74 Kollegen, die für dieselbe Sache arbeiten, und eigentlich sollte es eine Selbstverständlichkeit sein, daß der Betroffene zumindest einen Wink kriegt, was ihm von Leuten bevorsteht, die etwas sehr Unerlaubtes und Unrechtes tun. Das ist die menschliche Frage, auf die ich wohl nie eine Antwort bekomme, die aber verdeutlicht, daß wir als Politiker die **Glaubwürdigkeit** wiederherstellen müssen.

Wenn wir die Glaubwürdigkeit der Politiker wiederherstellen wollen, müssen wir eines mehr erkennen, nämlich den Respekt vor dem Standpunkt des einzel-

(Karl Otto Meyer)

nen. Wir dürfen nicht glauben, den einzelnen jemals von seinem Standpunkt abbringen zu können.

(Beifall bei der SPD)

Es ist nötig, daß auch dies einmal öffentlich und klar gesagt wird. Man kann versuchen, diejenigen, die einen **Standpunkt** haben, in einer sachlichen Debatte zu überzeugen, okay, aber man muß den Standpunkt respektieren und darf nicht versuchen, ihn durch äußeren und inneren Druck zu ändern.

(Beifall bei der SPD)

Präsidentin Lianne Paulina-Mürl:

Das Wort hat der Herr Abgeordnete Börnsen.

Gert Börnsen [SPD]:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Einige wenige Bemerkungen zum Verfahren! Der Antrag der SPD-Fraktion lag seit über 14 Tagen vor. Er ist inzwischen aktualisiert worden; das war notwendig, und deswegen ist die aktuelle Form erst seit einigen Tagen auf dem Markt. Der Antrag der CDU-Fraktion ist, obwohl seit Wochen angekündigt, erst gestern in die Diskussion gebracht worden und konnte damit auch erst jetzt in die Abgleichung zwischen den Fraktionen kommen.

Wir haben uns darauf verständigt, daß es nur einen Untersuchungsausschuß geben soll. Dieser **Untersuchungsausschuß** besteht aus dem, was die SPD-Fraktion beantragt hat: dem Untersuchungsgegenstand, den die SPD-Fraktion beantragt hat, und den vier Fragekomplexen, die die SPD-Fraktion beantragt hat; von der CDU wird ein fünfter Fragenkomplex hinzugefügt, nämlich der, der sich in dem Antrag der CDU befindet. Damit hat es sich. Auf diese Art und Weise und weil die SPD-Fraktion den Antrag der CDU als zu dem Untersuchungsgegenstand gehörend begreift, können wir einen einzigen Untersuchungsausschuß machen.

Die Frage der **Kurzbenennung** des Untersuchungsausschusses wird im Gremium selbst entschieden werden.

Eine weitere kurze Bemerkung, die sich aus der Diskussion ergibt! Ich will niemandem die Forderung absprechen, daß aufgeklärt werden soll, daß intensiv aufgeklärt werden soll, daß intensiv untersucht werden soll. Wir erwarten aber etwas mehr als die Selbstgerechtigkeit, wie sie in manchen Reden heute deutlich geworden ist.

(Beifall bei der SPD)

Das soll heißen, meine Damen und Herren: Wenn in Schleswig-Holstein etwas vorkommen konnte, was bekannt ist und nicht in Zweifel gezogen wird, nämlich daß Staatsbedienstete in der Staatskanzlei, in der Regierungspressestelle, gleichzeitig Mitarbeiter, hervorragende Mitarbeiter eines Wahlkampforgans der regierenden Partei gewesen sind, dann stellt sich auch die Frage an diese Partei, wie sie es mit ihrer **Selbstreinigung** hält. Auf diese Frage gibt es bisher

keine Antwort. Ich sage Ihnen: Wir nehmen ihnen die **Bereitschaft zum Neuanfang** erst dann ab, wenn sie selber auch bereit sind, mit dieser Selbstreinigung zu beginnen.

(Beifall bei der SPD)

Die Verantwortlichkeit hat nicht einfach nur bei Herrn Pfeiffer und bei seinen Dienstvorgesetzten gelegen. Das, was geschehen ist und was Herr Engholm hier vorgetragen hat, ist zu einem großem Teil in der Verantwortlichkeit des Wahlkampfleiters der CDU gewesen,

(Beifall bei der SPD)

ist zu einem großen Teil in der Verantwortlichkeit des Pressesprechers der CDU gewesen, und auch die Mitverantwortung des CDU-Landesvorsitzenden kann wohl von niemandem geleugnet werden.

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren, es geht nicht darum, im Untersuchungsausschuß über Parteiinterna anderer Parteien zu reden oder sie zu untersuchen. Sie würden es uns aber mit der Untersuchung erheblich leichter machen, wenn in diesen Fragen von Ihnen klare Vorgaben gemacht werden würden und wenn wir in diesen Fragen von Ihnen wüßten – auch von Ihnen wüßten –, daß sie einen solchen Wahlkampf, wie er geführt worden ist, nie wieder führen wollen.

(Beifall bei der SPD)

Eine letzte Bemerkung! Herr Pfeiffer hat mit zahlreichen Menschen Kontakt gehabt. Er hat vielleicht kriminelle, mindestens unmoralische Aktivitäten an zahlreiche Menschen herangetragen.

Darunter waren zahlreiche Mitglieder der CDU. Die haben diese Vorhaben abgelehnt; das ist gut so. Überlegen aber bitte auch Sie – und ziehen Sie Konsequenzen daraus –, warum keines dieser angesprochenen Mitglieder der CDU – etwa als es um den Brief in Sachen Steuerhinterziehung ging – verstört, aufgestört, empört sich an Funktionäre ihrer Partei oder an Regierungsmitglieder ihrer Partei gerichtet hat, um zu fragen, was das eigentlich ist, was da aus der Staatskanzlei gekommen ist.

Ich will sagen: Wir werden diesen Untersuchungsausschuß hoffentlich so voranbringen, daß alle vier beteiligten Parteien gleichmäßig intensiv an den Untersuchungen teilnehmen. Aber es gibt einen großen Teil, den die CDU zu besorgen hat. Den sollten Sie möglichst schnell besorgen, und den sollten Sie dann auch öffentlich machen.

(Beifall bei der SPD)

Präsidentin Lianne Paulina-Mürl:

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich schließe die Beratung.

Wir haben eben gehört, daß sich die Fraktionen dahin verständigt haben, daß der Antrag der Fraktion der SPD um Nummer 5 des Antrags der Fraktion der

(Präsidentin Lianne Paulina-Mürl)

CDU ergänzt wird. Die Kurzbenennung wird durch den Ausschuß selbst geregelt. Damit hat sich der Antrag der Fraktion der CDU erledigt.

Nach § 10 Abs. 1 seiner Geschäftsordnung hat der Landtag auf Antrag von mindestens einem Viertel der Abgeordneten die Pflicht, einen Untersuchungsausschuß einzusetzen. Der Antrag auf Einsetzung eines Untersuchungsausschusses wird von einer ausreichenden Zahl von Abgeordneten unterstützt. Ich stelle fest, daß sich gegen die Einsetzung eines Untersuchungsausschusses - Drucksache 11/8 (neu) in der ergänzten Fassung - kein Widerspruch erhebt.

Ich lasse nun über den Antrag Drucksache 11/9 (neu), der die Zusammensetzung des beantragten Ausschusses betrifft, abstimmen. Wer zustimmen will,

den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Einstimmig! Der Antrag ist angenommen.

Als Termin für die nächste Tagung schlage ich Donnerstag, den 22. Oktober 1987, vor. Erhebt sich dagegen Widerspruch? - Das ist nicht der Fall. Dann wird so verfahren. Ich darf noch einen geschäftsführenden Hinweis geben. Ich bin darum gebeten worden, zu verkünden, daß der Untersuchungsausschuß nach Sitzungsschluß in Zimmer 139 tagt.

Meine Herren und Damen, damit sind wir am Schluß unserer heutigen Tagung angelangt. Die Sitzung ist geschlossen.

Schluß: 16.32 Uhr